

Institut für Weltwirtschaft

Düsternbrooker Weg 120

24105 Kiel

Kieler Arbeitspapier Nr. 1202

**Makroökonomische Stabilisierung und
Wirtschaftswachstum in Lateinamerika:
Was bringt die Debatte über den Washington-
Konsens?**

von

Rainer Schweickert und Rainer Thiele

Februar 2004

Für den Inhalt der Kieler Arbeitspapiere sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an die Autorinnen und Autoren zu wenden und etwaige Zitate mit ihnen abzustimmen.

Makroökonomische Stabilisierung und Wirtschaftswachstum in Lateinamerika: Was bringt die Debatte über den Washington-Konsens?

Zusammenfassung: In dieser Untersuchung wird der Frage nachgegangen, was die Konsensdebatte zur Erklärung von Entwicklungsunterschieden zwischen lateinamerikanischen und asiatischen Schwellenländern beitragen kann. Es lassen sich bei allen kritischen Politikfeldern wesentliche Unterschiede feststellen. Ein Vergleich dieser Ländergruppen kann also zur Entwicklung einer umfassenden Reformstrategie für Lateinamerika beitragen, die sich auf vier zentrale Elemente konzentrieren sollte: die Priorität außenwirtschaftlicher Stabilität, die Erleichterung des Technologietransfers, die Bekämpfung der Armut und den Aufbau stabiler Institutionen.

This paper assesses to what extent the arguments put forward in the consensus debate can help explain the different economic performance of Latin American and Asian countries. The paper shows that Latin America and fast-growing Asia indeed differ significantly with respect to all economic policy areas under consideration. A comparison of these groups of emerging market economies can thus help develop a comprehensive development strategy for Latin America which should focus on four elements: priority for external stability, transfer of best-practice technologies, poverty alleviation, and institution-building.

Schlagworte: Makroökonomische Stabilität, Exportentwicklung, Ersparnis, Armutsbekämpfung, Humankapital, Institutionen, Lateinamerika, Asien

JEL Klassifikation: D30, E65, I30, O11

Rainer Schweickert / Rainer Thiele

Institut für Weltwirtschaft

Düsternbrooker Weg 120

D-24105 Kiel / Germany

Tel: (**49)-431-8814-494 / -215

Fax: (**49)-431-8814-500

E-mail: Schweickert@ifw.uni-kiel.de / r.thiele@ifw.uni-kiel.de

Der vorliegende Beitrag basiert auf dem Schlussbericht des Forschungsprojekts "Makroökonomische Stabilisierung und Wachstum in Schwellenländern", den das Institut für Weltwirtschaft für das Bundesministerium der Finanzen im Dezember 2003 abgeschlossen hat. Die Autoren danken Rolf J. Langhammer für wertvolle Hinweise sowie Christiane Gebühr und Michaela Rank für die technische Unterstützung. Die englische Version des Abschlussberichts erscheint als Kieler Diskussionbeitrag 408.

Makroökonomische Stabilisierung und Wirtschaftswachstum in Lateinamerika: Was bringt die Debatte über den Washington- Konsens?

1. Die Konsensdebatte — vom Washington– zum Post–Washington–Konsens?	1
2. Erklärungen für unbefriedigende wirtschaftliche Entwicklungen — Lateinamerika und Asien im Vergleich	4
2.1 Notwendige Bedingungen – der Washington-Konsens	4
2.1.1 Definition und Umsetzung des Washington-Konsenses	4
2.1.2 Wechselkurspolitik und Exportentwicklung	13
2.1.3 Kapitalmarktpolitik, Ersparnis und Investitionen.....	23
2.2 Hinreichende Bedingungen – die Suche nach einem Post-Washington-Konsens	36
2.2.1 Armutsbekämpfung und Umverteilung als explizite Ziele der Reformpolitik.....	37
2.2.2 Humankapitalentwicklung	44
2.2.3 Institutionelle Reformen	50
3. Politikempfehlungen für nachhaltiges und aufholendes Wachstum in Lateinamerika	60
Literatur	72

Tabellen

Tabelle 1 — Index der Strukturreformen für Lateinamerika, 1985–1999.....	7
Tabelle 2 — Makroökonomische Entwicklung und Strukturreformen in Lateinamerika und Asien, 1990–2000 (Periodendurchschnitte).....	11
Tabelle 3 — Armut und Einkommensverteilung in Lateinamerika und Asien, 1989–2000	40
Tabelle 4 — Schulbesuchsraten in Lateinamerika und Asien, 1990–2000.....	47
Tabelle 5 — Abschneiden ausgewählter Länder in internationalen Schulleistungsvergleichen	49

Schaubilder

Schaubild 1 — Makroökonomische Stabilität in Lateinamerika und Asien, 1985–2001	12
Schaubild 2 — Index der institutionellen Qualität und Pro-Kopf-Einkommen, 2002	38

Anhangtabellen

Tabelle A1 — Index der ökonomischen Freiheit für Lateinamerika und Asien, 1995–2003	82
Tabelle A2 — Index der institutionellen Qualität für Lateinamerika und Asien, 1996 und 2002	84

1. DIE KONSENSDEBATTE — VOM WASHINGTON– ZUM POST– WASHINGTON–KONSENS?

Die Diskussionen über die Entwicklungsprobleme Lateinamerikas konzentrieren sich seit Beginn der 90er Jahre immer wieder auf den von dem englischen Wirtschaftswissenschaftler John Williamson erstmalig so genannten Washington-Konsens (Williamson 1990). Die Ausgangsfrage bei der Formulierung des Washington-Konsenses war, ob die für eine Schuldenerleichterung im Rahmen des Brady-Plans in Frage kommenden Länder wirtschaftspolitische Reformen durchgeführt hatten, die gewährleisteten, dass frei werdende Mittel nicht in einem Fass ohne Boden verschwinden würden, sondern zur wirtschaftlichen Erholung beitragen konnten. Dies erforderte jedoch eine Liste von Reformmaßnahmen, anhand derer man die Reformbereitschaft lateinamerikanischer Staaten überprüfen konnte. Williamson versuchte deshalb, diejenigen Reformen zusammenzufassen, von denen er annahm, sie seien in Washington – d.h. beim Internationalen Währungsfonds (IWF), bei der Weltbank, bei der US-Regierung und bei der Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler – unumstritten. Dieser Hintergrund ist für die Interpretation des Konsenses wichtig, wird in der Diskussion jedoch häufig vernachlässigt.

Trotz dieser Einschränkungen wird der Washington-Konsens seitdem faktisch als die Reformagenda von IWF und Weltbank betrachtet. Diese Checkliste

notwendiger Reformen wurde dann auch im Zuge der Asienkrise in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in Zweifel gezogen, als die Frage zu beantworten war, wie krisenhafte Entwicklungen in Ländern auftreten konnten, die sich in ihrer Wirtschaftspolitik weitgehend am Washington-Konsens ausgerichtet hatten. Außerdem waren in den 90er Jahren außer Chile alle größeren lateinamerikanischen Länder von Finanz- und Währungskrisen betroffen, die erste, durch Kapitalzuflüsse gestützte, Reformerfolge in Frage stellten.

Die vor allem von internationalen Institutionen und Nichtregierungsorganisationen angestoßene Debatte um einen Post-Washington-Konsens führte dabei weit über die Fragen hinaus, die von diesen Krisen aufgeworfen wurden (vgl. Stiglitz 1998; Stallings und Peres 2000; Unmüßig und Walther 1999). Während der Washington-Konsens lediglich versuchte, eine Agenda notwendiger Reformen für lateinamerikanische Länder zu definieren, die Anfang der 90er Jahre versuchten, wieder Zugang zum internationalen Kapitalmarkt zu finden, dreht sich die Diskussion um einen Post-Washington-Konsens um ein hinreichendes Reformprogramm für ein nachhaltiges, armutsreduzierendes Wachstum in Schwellen- und Entwicklungsländern (Schweickert 2003a).

In dieser Untersuchung soll der Frage nachgegangen werden, was die Debatte um den Washington-Konsens bzw. um einen Post-Washington-Konsens zur

Erklärung von Entwicklungsunterschieden zwischen lateinamerikanischen und südostasiatischen Ländern beitragen kann. Ausgangspunkt ist dabei, dass in den Konsens-Debatten weniger die Ziele als vielmehr die zur Erreichung der Ziele einzusetzenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen kontrovers diskutiert werden (vgl. Kuczynski und Williamson 2003). Wie die Analyse in dieser Studie aufzeigt, lassen sich bei allen kritischen Politikfeldern wesentliche Unterschiede zwischen lateinamerikanischen und asiatischen Schwellenländern feststellen. Der Vergleich dieser Ländergruppen kann also wesentlich zur Entwicklung einer umfassenden Reformstrategie beitragen.

In Kapitel 2.1 werden zunächst die Ziele des Washington-Konsenses (Stabilisierung, Marktöffnung, Liberalisierung) dargestellt, und es wird untersucht, ob Entwicklungsunterschiede auf die unterschiedliche Umsetzung von Empfehlungen aus dem Washington-Konsens bzw. auf unterschiedlichen Interpretationen der umstrittenen Wechselkurs- und Kapitalmarktpolitiken basieren. In Kapitel 2.2 wird der Stand der Diskussion zur Einkommensverteilung, zur Humankapitalentwicklung und zu institutionellen Reformen dargestellt, die für das vom Post-Washington-Konsens hinzugefügte Ziel der Armutsbekämpfung von entscheidender Bedeutung sind. In beiden Kapiteln werden Unterschiede zwischen lateinamerikanischen und asiatischen Ländern, die eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung erklären können, deutlich gemacht. In Kapitel 3 werden die aus der Diskussion des Washington-

wie des Post-Washington-Konsenses abgeleiteten Reformdefizite Lateinamerikas bestimmt und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen gezogen.

2. ERKLÄRUNGEN FÜR UNBEFRIEDIGENDE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN — LATEINAMERIKA UND ASIEN IM VERGLEICH

2.1 Notwendige Bedingungen – der Washington-Konsens

2.1.1 Definition und Umsetzung des Washington-Konsenses

John Williamson hat den Konsens in zehn Punkten zusammengefasst, die man unter die Oberbegriffe Stabilisierung, Marktöffnung und Liberalisierung stellen kann (Williamson 1996; Übersicht 1). Die Inter-American Development Bank (IADB) hat versucht, den Fortschritt der lateinamerikanischen Länder bei der Umsetzung der Forderung des Washington-Konsenses nach Marktöffnung und Liberalisierung in einem Index der Strukturreformen zu erfassen. Insgesamt wurden die Strukturreformen in 19 lateinamerikanischen Ländern für den Zeitraum 1985 bis 1999 bewertet. Tabelle 1 zeigt die Ergebnisse für alle untersuchten Länder (LA-19), für die sieben größeren Schwellenländer Argentinien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Mexiko, Uruguay und Venezuela (LA-7) sowie für Bolivien und Peru, zwei Niedrigeinkommensländer, die erhebliche Reformfortschritte gemacht haben.

Für die Strukturreformen in Lateinamerika lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

- Der Vergleich der Reformfortschritte in den 90er Jahren mit denen in den 80er Jahren zeigt, dass der Washington-Konsens das Reformtempo sowohl in den Schwellenländern als auch in den Entwicklungsländern positiv beeinflusst hat. In den Bereichen Finanzmarktreformen, Privatisierung und Öffnung des Kapitalverkehrs waren die Fortschritte in den 90er Jahren größer als in den 80er Jahren. Nur im Handelsbereich, der das höchste Reformniveau aufweist, ging das Reformtempo zurück. In den Bereichen Steuersystem und Arbeitsmarkt – Letzterer wird im Washington-Konsens nicht explizit erwähnt – fanden weder in den 80er noch in den 90er Jahren wesentliche Reformen statt.
- Die Entwicklungsländer haben die Schwellenländer in den 90er Jahren bei den Strukturreformen eindeutig überholt. Das durchschnittliche Reformniveau war in den 90er Jahren insbesondere in den Bereichen Steuersystem, Privatisierung, Arbeitsmarkt und Kapitalverkehr höher. Im Handelsbereich sind die Unterschiede zwischen den Ländergruppen gering; im Finanzmarktbereich haben die Entwicklungsländer stark aufgeholt.

Übersicht 1 — Der Washington-Konsens

Stabilisierung

- *Fiskalische Disziplin*: Staatliche Budgetdefizite sollten so klein sein, dass sie ohne Hilfe der Inflationssteuer, d.h. der Notenpresse, finanziert werden können. Dies bedeutet in der Regel einen Budgetüberschuss vor Bedienung der Schulden, der vom jeweiligen Schuldenstand abhängt. Das Defizit nach Schuldenbedienung sollte dabei 2 Prozent nicht übersteigen.
- *Prioritäten setzen bei den Staatsausgaben*: Staatsausgaben sollten zugunsten von Ausgaben mit hohem ökonomischen und sozialen Nutzen umstrukturiert werden. Dies bedeutet in der Regel weniger Mittel für Verwaltung, Verteidigung, Subventionen und Staatsunternehmen und mehr Mittel für Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bildung und Infrastruktur.
- *Steuerreform*: Steuern sollten auf breiterer Basis und dafür mit niedrigeren Steuersätzen erhoben werden. Dies bedeutet in der Regel eine deutliche Erleichterung der Steuererhebung.

Marktöffnung

- *Handelsliberalisierung*: Mengenmäßige Beschränkungen des Handels sollten durch Zölle ersetzt, und diese sollten auf einen einheitlichen Zollsatz zwischen 10 und 20 Prozent reduziert werden. Dies erfordert einen Anpassungsprozess über drei bis zehn Jahre, der aufgrund schwieriger makroökonomischer Bedingungen unterbrochen werden kann.
- *Wechselkursanpassung*: Multiple Wechselkurse sollten zumindest für Handelstransaktionen aufgegeben werden, wobei sich der einheitliche Wechselkurs auf einem Niveau bewegen sollte, das das Wachstum nichttraditioneller Exporte ermöglicht und das auch durchgehalten werden kann.
- *Direktinvestitionen*: Ausländische Direktinvestitionen sollten uneingeschränkt zugelassen werden, d.h., sie sollten wie inländische Investitionen behandelt werden.

Liberalisierung

- *Finanzmarktliberalisierung*: Ziel ist es, dass die Zinssätze durch den Markt bestimmt werden. Voraussetzung ist jedoch ein hohes Vertrauen in den heimischen Kapitalmarkt. Ist dies zunächst nicht gegeben, so sind zumindest positive Realzinsen und gleiche Zinssätze für alle Schuldner mit gleichen Risiken sicherzustellen.
- *Privatisierung*: Staatsunternehmen sollten privatisiert werden.
- *Deregulierung*: Der Staat sollte sicherstellen, dass alle Regulierungen, die den Markteintritt neuer Unternehmen und den Wettbewerb behindern, abgebaut werden. Verbleibende Regulierungen seien zu rechtfertigen durch die Gewährleistung der Sicherheit, des Umweltschutzes und der Stabilität des Finanzsektors.
- *Eigentumsrechte*: Das Rechtssystem sollte sichere Eigentumsrechte zu moderaten Kosten bereitstellen und auch für den informellen Sektor zugänglich machen.

Tabelle 1 — Index der Strukturreformen für Lateinamerika, 1955–1999a

	Argentinien	Brasilien	Chile	Costa Rica	Mexiko	Uruguay	Venezuela	LA-7	Bolivien	Peru	LA-19
Gesamindex											
Veränderung											
1990-85	13,0	17,1	8,2	11,9	13,4	0,3	5,9	10,0	17,6	5,6	9,5
1999-90	14,8	18,0	3,6	13,2	8,7	10,5	17,1	12,3	22,4	32,4	14,7
Durchschnitte											
1985-89	33,4	32,5	52,8	39,2	45,2	35,7	27,6	38,1	36,7	29,6	37,2
1990-99	58,1	50,5	57,8	49,1	49,2	43,6	45,5	50,6	58,1	54,7	52,0
Handel											
Veränderung											
1990-85	11,8	50,2	17,7	45,6	26,4	13,7	21,3	26,7	5,0	27,8	24,0
1999-90	6,3	26,4	0,9	9,1	-4,5	17,8	18,2	10,6	4,8	33,4	12,3
Durchschnitte											
1985-89	53,8	30,9	87,4	70,8	76,1	63,0	44,4	60,9	86,4	29,3	60,8
1990-99	85,4	78,4	94,8	86,3	85,4	84,8	81,5	85,2	94,6	82,4	84,6
Finanzmarkt											
Veränderung											
1990-85	39,9	10,9	19,3	-2,2	24,9	-3,9	11,7	14,4	54,2	8,7	12,7
1999-90	39,4	8,9	0,2	52,2	31,2	28,4	16,1	25,2	30,9	48,1	30,8
Durchschnitte											
1985-89	31,6	28,1	58,1	20,1	30,1	43,6	31,2	34,7	19,6	19,5	28,7
1990-99	92,8	45,5	72,5	42,5	62,3	65,0	52,1	61,8	69,6	59,5	55,8
Steuersystem											
Veränderung											
1990-85	12,7	2,7	3,2	15,9	11,1	-7,7	0,5	9,0	29,9	-3,0	9,9
1999-90	-6,0	0,7	3,3	2,9	-0,2	8,6	6,3	3,1	-14,6	15,9	5,3
Durchschnitte											
1985-89	2,4	29,5	48,1	39,7	30,4	45,5	28,7	35,1	54,6	35,2	47,5
1990-99	3,2	47,0	49,2	49,6	40,6	43,9	43,5	43,7	59,6	35,9	47,6
Privatisierung											
Veränderung											
1990-85	6,1	0,1	3,5	0,4	7,6	0,8	0,0	2,6	0,0	0,0	1,8
1999-90	33,3	49,8	12,3	1,6	19,4	-0,4	26,7	20,4	90,4	60,3	23,9
Durchschnitte											
1985-89	0,0	0,0	1,4	0,2	1,8	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,7
1990-99	24,9	13,1	5,3	1,7	26,5	0,5	18,7	12,9	43,5	29,2	13,5
Arbeitsmarkt											
Veränderung											
1990-85	-0,5	-0,33	-0,4	0,0	-2,6	-1,2	-3,6	-2,3	-0,9	-5,2	-1,1
1999-90	0,0	-0,2	-1,1	0,0	-2,8	-2,0	18,2	1,6	0,6	4,2	1,5
Durchschnitte											
1985-89	5,7	7,4	69,2	65,4	34,9	26,3	33,3	51,4	23,0	64,0	58,9
1990-99	5,5	6,9	67,5	65,4	31,3	23,8	31,8	49,0	23,2	66,2	58,4
Memorandum: Kapitalverkehr											
Veränderung											
1990-85	4,2	0,4	8,7	33,0	13,6	15,4	0,1	16,7	34,0	32,0	13,8
1995-90	1,7	1,8	17,8	0,0	8,9	-1,5	14,7	10,6	-4,3	28,1	16,5
Durchschnitte											
1985-89	46,0	44,0	51,6	78,4	69,4	65,0	78,0	61,8	83,6	31,1	59,9
1990-95	95,3	53,5	65,9	100,0	82,9	76,4	88,2	80,3	91,1	84,9	77,9

^aAlle aufgeführten Indizes sind Teilindizes vom "Gesamindex" außer "Kapitalverkehr". Die Teilindizes wurden auf der Basis von Variablen berechnet, die auf 0 für den schlechtesten Wert und 100 für den besten Wert normiert wurden. Die Indizes liegen also zwischen 0 und 100.

Quelle: Lora (2001); "Kapitalverkehr": Morley et al. (1999); eigene Berechnungen.

Im Global Competitiveness Report 2002–2003 des World Economic Forum (WEF) wird darauf verwiesen, dass die erzielten Reformfortschritte nicht mit den erzielten Wachstumsraten in Beziehung stehen (Larraín 2003). Dies ist auch nicht verwunderlich. Da der Index auf einen Bereich normiert wird, der vom schwächsten und vom stärksten Reformland bestimmt wird, fehlt der internationale Vergleich. Erst im Vergleich mit anderen Schwellenländern kann sich zeigen, was die Reformfortschritte in Lateinamerika wert sind. Außerdem wird der Einfluss der makroökonomischen Stabilität, einem wesentlichen Element des Washington-Konsenses, vernachlässigt.

Einen internationalen Vergleich der Reformfortschritte erlaubt der Index of Economic Freedom, der von der Heritage Foundation und dem Wall Street Journal erstellt wird. Tabelle A1 zeigt die Ergebnisse von 1995 bis 2003 für die lateinamerikanischen Länder im Vergleich mit den asiatischen Schwellenländern Korea, Malaysia, Thailand, Indien und China. Der Gesamtindex wird hier aus 10 gleich gewichteten Einzelindizes erstellt, die die Forderungen des Washington-Konsenses weitgehend erfassen. Dabei liegt – noch mehr als beim Washington-Konsens – die alleinige Priorität bei Deregulierung: Weniger Staat ist immer besser. Man könnte sagen, der Index of Economic Freedom erfasst nicht den Washington-Konsens, wie er von John Williamson aufgeschrieben wurde, sondern das, was in der öffentlichen

Diskussion als Washington-Konsens wahrgenommen wird (vgl. Williamson 2003).

Folgende Ergebnisse sind festzuhalten:

- Im Durchschnitt aller betrachteten Länder ist die Bewertung über die Zeit in etwa konstant geblieben. Dieses Ergebnis wird jedoch maßgeblich von den schlechteren Bewertungen der asiatischen Krisenländer Korea, Malaysia und Thailand bestimmt. Genau wie lateinamerikanische Krisenländer haben sie als Reaktion auf die Krise mit einer Einschränkung der ökonomischen Freiheit reagiert. So haben insbesondere in Korea die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft zugenommen und in Malaysia wurden die ausländischen Direktinvestitionen restriktiver gehandhabt. Dies ist ein Hinweis darauf, dass freiere Märkte durchaus ein höheres makroökonomisches Risiko mit sich bringen können und nicht automatisch zur Krisenbewältigung beitragen.
- Die asiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer schneiden bei der ökonomischen Freiheit durchaus nicht besser ab als die lateinamerikanischen Länder. Klarer Spitzenreiter in der hier betrachteten Gruppe ist Chile, das sowohl die im Durchschnitt beste Bewertung als auch den höchsten Fortschritt im betrachteten Zeitraum aufweist.

Der internationale Vergleich der im Index of Economic Freedom enthaltenen Reformbereiche kann nun im Zusammenhang mit der makroökonomischen

Entwicklung betrachtet werden. Tabelle 2 beinhaltet einen Vergleich makroökonomischer Kennziffern für die 90er Jahre sowie des Reformindex für die zweite Hälfte der 90er Jahre. Die Länder wurden nach den erzielten durchschnittlichen Wachstumsraten geordnet. Außerdem wurden Durchschnitte für Länder mit mehr (weniger) als 5 Prozent durchschnittlichem Wachstum und für asiatische (lateinamerikanische) Länder berechnet.

Die folgenden Beobachtungen können aus dem internationalen Vergleich der makroökonomischen Entwicklung und der Reformindizes abgeleitet werden:

- Die Hochwachstumsländer unterscheiden sich von den Niedrigwachstumsländern signifikant hinsichtlich ihrer makroökonomischen Kennziffern. Hochwachstumsländer, zu denen neben den asiatischen Vergleichsländern auch Chile und Costa Rica zählen, sind gekennzeichnet durch niedrigere Inflationsraten, geringere Staatsdefizite, geringere Leistungsbilanzdefizite, reale Ab- statt Aufwertung, stabilere reale Wechselkurse, höhere Spar- und Investitionsquoten, höheres Exportwachstum und eine größere Offenheit. Dabei konnte insbesondere Chile auch von positiven Terms-of-Trade-Effekten profitieren, was allerdings nicht für die asiatischen Länder gilt. Der Erfolg der Hochwachstumsländer gründete sich, begünstigt durch makroökonomische Stabilität, auf hohe Spar- und Investitionsquoten sowie ein hohes Exportwachstum.

Tabelle 2 — Makroökonomische Entwicklung und Strukturreformen in Lateinamerika und Asien, 1990–2000 (Periodendurchschnitte)

	BIP, real (%)	Inflation	Staatsbilanz (% BIP)	Leistungsbilanz (% BIP)	Reale Aufwertung (%)	Stabilität des realen Wechselkurses ^b	Sparquote (% BIP)	Investitionsquote (% BIP)	Exportwachstum (%)	Terms of trade Anpassung (% BIP)	Terms of trade Anpassung (% Exporte)	Offenheit (% BIP)
1990-2000												
Brasilien	2,1	767,3	-3,7	-2,0	-0,7	5,0	20,3	20,8	5,4	-0,1	-1,8	16,3
Venezuela	2,5	34,1	-1,6	4,1	5,4	4,2	24,8	18,1	5,4	-12,9	-36,3	53,3
Uruguay	2,9	44,9	-1,2	-1,2	4,9	2,4	15,4	15,0	6,2	7,8	22,9	74,1
Peru	3,2	734,8	-1,5	-5,6	-1,9	5,6	17,7	20,9	7,7	-0,2	-0,9	29,7
Mexiko	3,7	19,4	0,0	-3,7	1,1	5,4	21,3	23,0	12,8	-0,5	-2,0	46,7
Bolivien	3,9	9,9	-2,2	-5,9	-0,3	2,4	9,9	17,0	4,7	-4,1	-17,0	51,3
Argentinien	4,1	229,8	-1,0	-2,6	3,6	4,0	16,9	17,6	7,8	-0,1	-0,8	19,2
Costa Rica	5,1	16,3	-1,8	-3,5	0,7	1,7	16,5	19,4	10,9	2,3	5,5	87,0
Thailand	5,2	4,7	-0,2	-1,8	-2,3	3,0	34,8	34,9	10,9	-2,7	-5,3	91,7
Indien	5,5	9,0	-5,7	-1,3	-2,5	4,3	21,1	23,6	10,8	-1,4	-10,8	24,0
Chile	6,4	11,0	1,3	-2,9	2,7	2,5	25,2	24,9	9,3	7,1	18,9	81,3
Südkorea	6,5	5,4	-0,3	0,7	-4,1	3,3	34,8	33,9	14,8	-2,9	-6,0	61,8
Malaysia	7,3	3,5	0,8	-1,4	-1,8	2,8	40,8	35,0	13,7	3,8	4,2	184,2
China	9,6	7,1	-1,8	1,8	-2,6	3,5	40,8	38,3	13,3	-0,6	-3,7	31,8
BIP <5,0	3,2	262,9	-1,6	-2,4	1,7	4,1	18,0	18,9	7,1	-1,5	-5,1	41,5
BIP >5,0	6,5	8,2	-1,1	-1,2	-1,4	3,0	30,6	30,0	12,0	0,8	0,4	80,3
Asien	6,8	5,9	-1,4	-0,4	-2,7	3,4	34,5	33,1	12,7	-0,8	-4,3	78,7
Lateinamerika	3,8	207,5	-1,3	-2,6	1,7	3,7	18,7	19,6	7,8	-0,1	-1,3	51,0
Ökonomische Freiheit^a												
	Gesamtindex	Handel	Besteuerung	staatliche Eingriffe	Geldpolitik	ausl. Direktinvestitionen	Bankensektor	Löhne und Preise	Eigentumsrechte	Regulierung	Schwarzmarkt	Struktur- und Ordnungspolitik ^b
1995-2000												
Brasilien	3,4	4,2	3,4	2,8	5,0	3,0	3,0	2,7	3,0	3,3	3,5	3,2
Venezuela	3,3	3,5	2,7	2,3	5,0	3,0	2,8	3,0	3,0	2,8	4,5	3,1
Uruguay	2,7	2,3	3,4	2,0	4,8	2,0	2,2	2,0	2,3	3,0	2,8	2,5
Peru	2,8	3,0	2,5	1,6	4,5	2,0	2,0	2,0	2,8	3,7	3,8	2,6
Mexiko	3,1	2,8	2,9	2,3	4,3	2,0	4,0	3,0	2,8	4,0	2,8	3,0
Bolivien	2,8	2,0	3,2	2,8	3,2	2,0	2,3	1,0	2,8	4,0	3,8	2,7
Argentinien	2,4	3,7	2,5	2,0	3,5	2,0	2,2	2,0	2,0	2,0	2,2	2,3
Costa Rica	2,9	3,8	3,0	2,4	4,0	2,0	3,0	2,0	3,0	3,0	2,8	2,8
Thailand	2,4	3,0	2,2	1,7	2,2	2,5	3,0	3,0	1,5	3,0	2,0	2,4
Indien	3,8	5,0	3,9	3,0	3,0	3,3	4,0	3,8	3,0	4,0	4,5	3,8
Chile	2,3	2,7	2,9	1,1	3,2	2,0	3,0	2,3	1,0	2,0	2,3	2,2
Südkorea	2,3	2,8	2,8	1,8	2,3	2,5	2,3	2,0	1,0	3,0	2,0	2,3
Malaysia	2,6	3,3	3,3	2,8	2,0	3,0	3,0	2,8	2,0	2,0	2,0	2,7
China	3,6	5,0	2,5	4,0	3,0	3,0	3,0	3,0	4,0	4,0	3,7	3,6
BIP <5,0	2,9	3,1	2,9	2,3	4,3	2,3	2,6	2,2	2,7	3,3	3,6	2,8
BIP >5,0	2,8	3,7	2,9	2,4	2,8	2,6	3,1	2,7	2,2	3,0	2,8	2,8
Asien	2,9	3,8	2,9	2,7	2,5	2,9	3,1	2,9	2,3	3,2	2,8	3,0
Lateinamerika	2,9	3,1	2,9	2,1	4,2	2,2	2,7	2,2	2,5	3,1	3,2	2,7

^aFür jeden Teilindex werden Noten von 1 bis 5 vergeben. Der Gesamtindex wird durch das ungewichtete Mittel der Teilindizes ermittelt.
^bAuf der Basis von Standardabweichungen der Monatsdaten für die effektiven, realen Wechselkurse für die einzelnen Jahre. – ^cOhne Teilindex "Geldpolitik".

Quelle: Weltbank (2003); JP Morgan (a); IWF (a); Heritage Foundation (a); eigene Berechnungen.

- Die Hochwachstumsländer unterscheiden sich jedoch kaum von den Niedrigwachstumsländern im Ausmaß der ökonomischen Freiheit. Die Hochwachstumsländer schneiden nur unwesentlich besser ab, und Unterschiede zwischen asiatischen und anderen Ländern sind nicht auszumachen. Berechnet man einen Index für Struktur- und Ordnungspolitik, der die Geldpolitik außer Acht lässt, so schneiden die Hochwachstumsländer nicht besser und die asiatischen Länder deutlich schlechter ab als die jeweiligen Vergleichsgruppen. Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Struktur- und Ordnungspolitik bzw. dem Ausmaß der ökonomischen Freiheit und den erzielten Wachstumserfolgen besteht also tatsächlich nicht.

Beide Ergebnisse zusammen bestätigen die hohe Priorität der makroökonomischen Stabilität, die in jeder Konsensagenda für Schwellen- und Entwicklungsländer enthalten sein sollte. Sie bedeuten auch, dass "weniger Staat" nicht automatisch besser für die wirtschaftliche Entwicklung ist, sondern dass es auf die Definition geeigneter staatlicher Interventionen ankommt, die vor allem in Abschnitt 2.2 näher zu diskutieren sind. Offen bleibt auch, wie die Ziele der makroökonomischen Stabilität bzw. hoher Spar-, Investitions- und Exportquoten durch Wechselkurs- und Kapitalmarktpolitiken zu erreichen sind.

2.1.2 Wechselkurspolitik und Exportentwicklung

Die Notwendigkeit einer frühzeitigen Stabilisierung der Volkswirtschaft gehört zu den am wenigsten umstrittenen Politikbereichen aus dem Katalog des Washington-Konsenses. Traditionell umstritten ist dagegen die Rolle, die die Wechselkurspolitik dabei spielen soll. Nach den Finanz- und Währungskrisen hat sich der Trend zu flexibleren Wechselkursen verstärkt. Es kann jedoch bezweifelt werden, ob völlig flexible Wechselkurse für Schwellen- und Entwicklungsländer ein optimales Wechselkursregime darstellen. Die Krisen der letzten zehn Jahre haben nicht nur gezeigt, wie riskant Festkurssysteme sind, wenn nicht die gesamte Wirtschaftspolitik auf ihre Durchhaltbarkeit ausgerichtet wird, sie haben auch gezeigt, dass der Wechselkurs in kleinen, handelsabhängigen Volkswirtschaften mit Schulden in ausländischer Währung eine wichtige Determinante der Preis- und Produktionsentwicklung ist. So ist der Wechselkurs in Asien und Lateinamerika für unterschiedliche strategische Ziele eingesetzt worden (Schweickert 2000a).

Von asiatischen Schwellenländern wurde der Wechselkurs stabilisiert, um die Integration der heimischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft durch eine stabile Entwicklung der Preise für gehandelte Güter zu unterstützen (Corden 1996; Fischer 1997). Diese Strategie entspricht weitgehend der Vorstellung über Wechselkurspolitik, wie sie im Washington-Konsens formuliert wurde. In einem Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft für das Bundeswirtschaftsministerium

(Leistungsbilanzentwicklungen in ausgewählten Schwellenländern Asiens, Lateinamerikas sowie in Mittel- und Osteuropa – Ursachen und wirtschaftspolitische Konsequenzen) wurde verdeutlicht, dass die Exporterfolge Asiens von stabilen realen Wechselkursen und der Vermeidung realer Aufwertungen begünstigt wurden. Offensichtlich hat hohes Wachstum durch technischen Fortschritt nicht, wie von der Balassa-Samuelson-Hypothese angenommen, eine inflationäre Wirkung auf Löhne und Preise gehabt. Verantwortlich dafür war zum einen eine restriktive Geldpolitik. Zum anderen spricht auch einiges dafür, dass ein quantitativ und qualitativ starkes Arbeitsangebot und entsprechende Wettbewerbsbedingungen für die Produktion nichthandelbarer Güter mögliche inflationäre Tendenzen unterbunden haben (Schweickert 2000b).

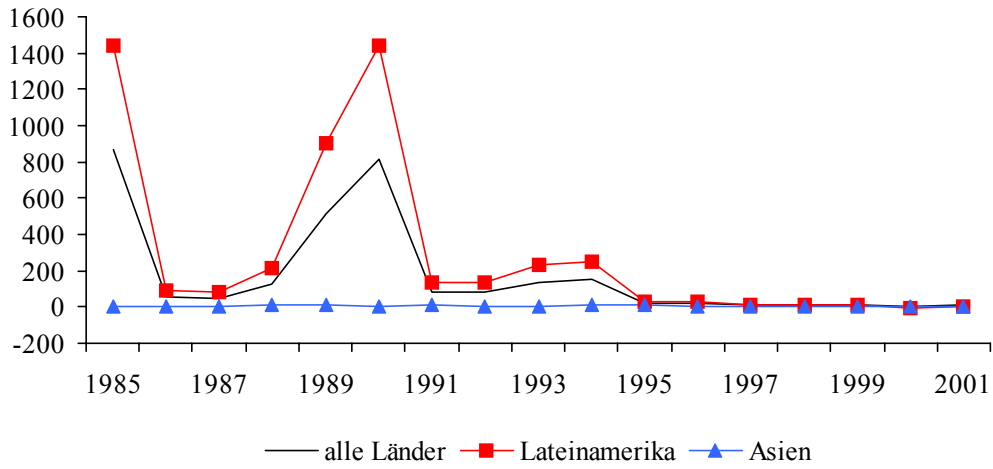
Ein weiteres Charakteristikum der asiatischen Währungspolitik ist, dass drastische Abwertungen, wie sie in den 80er Jahren während der Schuldenkrise und in den 90er Jahren während der asiatischen Finanzkrise stattfanden, jeweils unmittelbar einen Exportboom ausgelöst haben, der es asiatischen Krisenländern erlaubt hat, die Krisen fast im Alleingang zu lösen (vgl. Schaubild 1). Es ist dabei fast in Vergessenheit geraten, dass Korea in den 80er Jahren zu den höchstverschuldeten Ländern zählte und auch Malaysia aufgrund extrem hoher Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz zu einer drastischen Abwertung gezwungen war.

In lateinamerikanischen Ländern wurde der Wechselkurs dagegen in erster Linie als "nominaler Anker" zur Stabilisierung des heimischen Preisniveaus eingesetzt (Diehl und Schweickert 1997). Bei gegebenem hohem Grad der Dollarisierung in Lateinamerika und der Tatsache, dass der Dollar-Wechselkurs die Inflationserwartungen wesentlich bestimmt, war dies eine plausible Strategie (Schweickert 1996). So sind inzwischen auch die Inflationsraten in Lateinamerika deutlich gesunken (vgl. Schaubild 1). Selbst nach den großen Währungskrisen in Mexiko, Brasilien und zuletzt in Argentinien ist der Rückfall in alte Zeiten nicht erfolgt. Allerdings erreichte nur für Mexiko, Costa Rica und Chile das Exportwachstum in den 90er Jahren annähernd das asiatische Niveau. Eine Ursache hierfür ist die Entwicklung des realen Wechselkurses. In den 90er Jahren haben die lateinamerikanischen Länder im Durchschnitt real aufgewertet, die asiatischen Vergleichsländer dagegen real abgewertet (vgl. Tabelle 2).

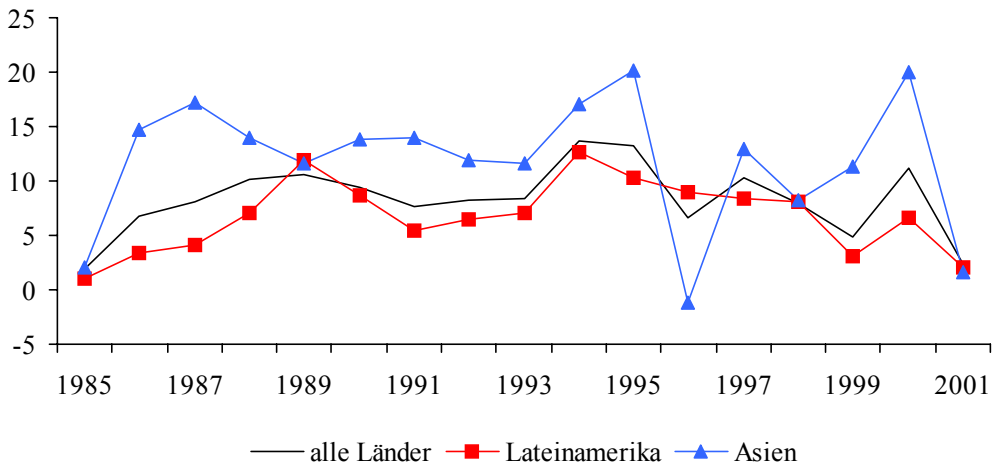
Nach Bewältigung der größten Inflationsprobleme wird sich die Geldpolitik in Lateinamerika bei weitgehend flexiblen Wechselkursen neu orientieren müssen. Von den für flexible Wechselkurse diskutierten geldpolitischen Strategien wurde von einer zunehmenden Zahl lateinamerikanischer Länder ein Inflation Targeting bei *de jure* frei flexiblen Wechselkursen eingeführt (Schaechter et al. 2000). Von den Befürwortern wird angenommen, dass die für Industrieländern entwickelte geldpolitische Strategie, die vor allem die Inflation

Schaubild 1 — Makroökonomische Stabilität in Lateinamerika und Asien, 1985–2001

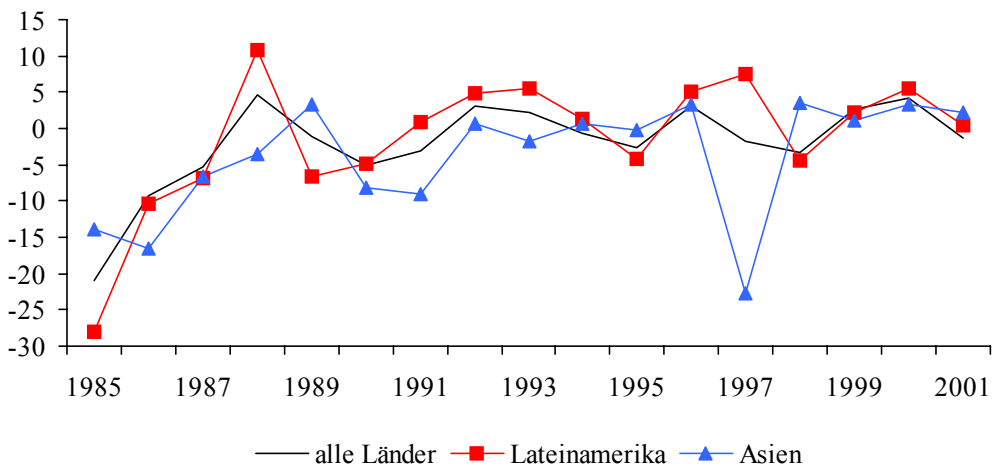
Inflation (Konsumentenpreisindex; jährliches Wachstum in %)



Exportwachstum (jährliche Wachstumsrate in %)



Reale Aufwertung (jährliche Veränderung des Index, 1995 = 100; %)^a



^aAuf der Basis der realen, effektiven Wechselkurse von JP Morgan außer für Bolivien, China, Costa Rica und Uruguay (IWF).

Quelle: Weltbank (2003); JP Morgan (a); IWF (a); eigene Berechnungen.

im Auge hat (vgl. Bernanke et al. 1999), auf Schwellenländer übertragen werden kann (vgl. Loayza und Soto 2002). Für Schwellenländer ergeben sich jedoch zwei wesentliche Probleme in der Umsetzung (Mishkin 2000). Aufgrund instabiler Transmissionsmechanismen ist Inflation Targeting effektiver, wenn ein Land schon moderate Inflationsraten erreicht hat. Außerdem besteht in vielen Schwellenländern eine hohe Abhängigkeit von der Wechselkursentwicklung. So sind sowohl Passiva als auch Aktiva vor allem in Lateinamerika in erheblichem Maße in Dollar denominiert. Große und unvorhergesehene Abwertungen der heimischen Währung können dann über steigende Schuldendienstleistungen und finanzielle Ungleichgewichte eine Finanzmarktkrise auslösen (Aghion et al. 2001; Céspedes et al. 2002). Schwellenländer können deshalb – im Gegensatz zu Industrieländern – den Wechselkurs bei der Definition ihrer Geldpolitik nicht völlig außer Acht lassen oder müssen ihm gar ein großes Gewicht beimessen (Williamson 2000; Braga de Macedo et al. 2001; Goldstein 2002).

Empirische Studien offenbaren, dass eine mögliche Erhöhung des Schuldendienstes aufgrund unvorhergesehener Abwertungen tatsächlich zu höheren Risikoprämien für Schwellenländer führt (Berganza et al. 2004) und dass eine Diskrepanz zwischen den *de jure* und den *de facto* Wechselkursregimen besteht (Calvo und Reinhart 2002; Levy-Yeyati und Sturzenegger 2002). Managed Floating Regime sind verbreitet. Zentralbanken

mit *de jure* flexiblem Wechselkurs lassen den Wert ihrer Währung nicht unbeeinflusst. Auch empirische Untersuchungen der Reaktionsfunktion der Zentralbanken in Schwellenländern (Langhammer 2004) zeigen, dass Wechselkursschwankungen zu Zinsreaktionen führen oder dass, wie zum Beispiel in Chile, der Wechselkurs diskretionär eingesetzt wird, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu sichern (Hammermann 2004).

Unabhängig vom gewählten Regime wird die makroökonomische Steuerung in lateinamerikanischen Ländern vom niedrigen Niveau und von der Krisenanfälligkeit des Exportsektors beeinträchtigt. Es fehlt eine starke Exportbasis, die das makroökonomische Management dadurch erleichtert, dass dank einer besseren Verfügbarkeit von Währungsreserven die Risiken einer Abwertung und eines sich daraus ergebenden höheren Schuldendienstes reduziert werden. Außerdem kann ein Abbau der Auslandsschulden nur über entsprechende Exportüberschüsse bewerkstelligt werden.

Schließlich ist es – wie oben gezeigt – nur möglich wirtschaftliche Krisen rasch zu überwinden, wenn die Exporte wie in den asiatischen Hochwachstumsländern dynamisch auf eine Abwertung der Währung reagieren. In Lateinamerika nahmen nach den dramatischen Abwertungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Exporte aber nur zögerlich zu, bevor eine dynamischere Entwicklung durch Phasen realer Aufwertung bereits wieder gedämpft wurde (vgl. Schaubild 1). Die Leistungsbilanzentwicklung wird – mit Ausnahme Chiles – in erster

Linie von der Importentwicklung getrieben. In Boomphasen steigen die Importe, die Währungen werden auf und die Exporte werden gedämpft. In Anpassungsphasen erhöhen Abwertungen die Importpreise und dämpfen so die Produktion von Exportgütern. Diese stilisierten Fakten über die Wechselkurspolitik und ihre Folgen in Asien und Lateinamerika führen zu einem Kernproblem der makroökonomischen Stabilisierung in Lateinamerika: Aufgrund der schwachen Exportbasis wird eine reale Aufwertung in Boomphasen begünstigt, und der Wechselkurs wird als Anpassungsinstrument in Krisenphasen ineffektiv.

Wichtiger als die Feinjustierung der monetären Strategie ist also die Schaffung einer tragfähigen und dynamischen Exportbasis, wie sie die asiatischen Hochwachstumsländer vorweisen können. Lateinamerika braucht vor allem eine höhere Diversifikation seiner Exporte und einen höheren Anteil von Produkten des verarbeitenden Gewerbes an den Gesamtexporten (Rojas-Suarez 2003).

Eine starke Exportbasis trägt, auch dies wird am Beispiel der asiatischen Hochwachstumsländer deutlich, entscheidend zum Produktivitätswachstum und zu einem wirtschaftlichen Aufholprozess durch eine Ausnutzung des Globalisierungsprozesses bei (Nunnenkamp 2003; Pack 1997). So ist es kein Zufall, dass sich die asiatischen von den lateinamerikanischen Schwellenländern vor allem durch ihre exportorientierte Wirtschaftspolitik unterscheiden. Im Gegensatz zu Lateinamerika erzeugte der Exportsektor Beschäftigungsalternativen zu den

wenig produktiven Tätigkeiten im Agrarsektor und im städtischen informellen Sektor, in denen die größten und hartnäckigsten Armutsprobleme bestehen. Außerdem sind die Exportsektoren in Asien durch eine Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen gekennzeichnet, die mit fortgeschrittener Technologie arbeitsintensive Produkte herstellen.

Will man diese Charakteristika der asiatischen Exportbasis erklären, so deuten die empirischen Befunde darauf hin, dass die asiatischen Hochwachstumsländer eine kritische Masse für ein sich selbst verstärkendes Exportwachstum nur durch ein Bündel von Vorbedingungen und Maßnahmen erreicht haben. Zu den Vorbedingungen zählte eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung, die die Bildung einer Kapitalbasis für die Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen erleichterte. Diese mittelständischen Unternehmen konnten flexibel auf Weltmarktbedingungen reagieren und aufgrund einer guten Ausbildung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich moderne Technologien schnell adaptieren. Unterstützende Rahmenbedingungen schuf die Geld-, Handels- und Technologiepolitik durch stabile reale Wechselkurse, die Kompensation von Exporteuren für die Kosten der Importprotektion und der Adaption von best-practice-Techniken aus Industrieländern.

Das Problem für lateinamerikanische Länder besteht vor allem darin, dass diese Voraussetzungen nicht gegeben sind bzw. dass die Wirtschaftspolitik teilweise genau entgegengesetzte Signale gesendet hat. Außerdem muss sich auch bei

Umsetzung eines umfangreichen Reformprogramms wie dem Washington-Konsens die Exportdynamik entwickeln können, ohne dass sie von größeren makroökonomischen Instabilitäten gestört wird. Gelingt dies, so kann sich der Prozess dadurch verstärken, dass durch erfolgreiches Exportieren Lerneffekte wiederum die Unternehmensbasis und die Humankapitalbildung fördern und so die Bedingungen für weiteres Exportwachstum schaffen. Dieser Prozess muss in Lateinamerika in Gang gesetzt werden.

In den letzten Jahren haben lateinamerikanische Schwellen- und Entwicklungsländer zunehmend versucht, die Reformplattform über den nationalen Rahmen hinaus zu erweitern. Neue regionale Integrationsstrategien setzen nicht wie früher auf Marktschließung und Handelsumlenkung sondern auf die Maximierung des Marktzugangs (Dieter 2003). Zwar gehen diese Integrationsbemühungen in die richtige Richtung, sofern sie darauf abzielen, den Marktzugang zu erhöhen und so Lernprozesse durch erfolgreiches Exportieren in Gang setzen. Es besteht jedoch die Gefahr, dass durch die Vielzahl regionaler und bilateraler Abkommen das internationale Handelssystem untergraben wird und Süd-Süd-Integration die Entwicklungschancen der ärmsten Länder behindert. Die unvermeidbare Handelsumlenkung, die mit Süd-Süd-Integration verbunden ist, geht vor allem zu ihren Lasten. Schon Mitte der neunziger Jahre gab es kaum noch Länder, die sich nicht mindestens einer regionalen Gruppierung angeschlossen hatten (Wei und Frankel 1998). Am Übergang zum

21. Jahrhundert waren über 130 präferenzielle Handelsabkommen in Kraft, von denen die meisten in den 90er vereinbart wurden (Busse et al. 2000). Das Ergebnis ist ein kaum überschaubares "spaghetti bowl phenomenon" (Bhagwati 1998). Außerdem sind die internen Defizite bezüglich makroökonomischer Stabilität, Technologiepolitik, Kapitalmarktzugang, Unternehmenskultur und Humankapitalbildung ungleich größer. Den Exporten der Mitglieder lateinamerikanischer Integrationsgemeinschaften mangelt es in vielen Fällen weiterhin an internationaler Wettbewerbsfähigkeit (Nunnenkamp 2001).

Noch skeptischer sind die Bemühungen um regionale monetäre Integration zu beurteilen. Diese Bemühungen sind in Europa am weitesten fortgeschritten, wo die Beitrittsländer zur EU sogar die Perspektive haben, in einigen Jahren in den gemeinsamen Währungsraum integriert zu werden (Schweickert 2001). Empirische Studien belegen hier positive Effekte einer monetären Integration auf den Handel (Vinhas de Souza 2002) und den Arbeitsmarkt (Belke und Setzer 2003), die sich auch in Schwellenländern, z.B. im MERCOSUR, finden lassen (Belke und Gros 2002). Die Bedingungen für das Zustandekommen einer verstärkten monetären Integration in anderen Kontinenten sind allerdings ungleich schlechter als in Europa (Schweickert 2002). In Südostasien bemühen sich die Staaten in erster Linie, die in der Region reichlich vorhandenen Liquiditätsreserven effizienter zu nutzen (Dieter 2003). Versuche, eine gemeinsame Währungspolitik zu definieren, sind dagegen, wie auch in

Lateinamerika, wohl zum Scheitern verurteilt (Berg et al. 2003; Schweickert 2000c). Sinnvoller könnte dagegen sein, wie z.B. von John Williamson für Lateinamerika vorgeschlagen, das flexible Wechselkursmanagement im nationalen Rahmen durch regionales Monitoring der makroökonomischen Entwicklungen zu unterstützen (Williamson 2000). Dies könnte mittelfristig die Basis für die Formulierung regionaler Konsenspositionen sein (vgl. auch Braga de Macedo et al. 2001).

2.1.3 Kapitalmarktpolitik, Ersparnis und Investitionen

Noch deutlicher als beim Exportwachstum sind die Unterschiede zwischen südostasiatischen und lateinamerikanischen Ländern bei den Spar- und Investitionsquoten. Chile hatte mit etwa 25 Prozent des BIP in den 90er Jahren noch die höchste Sparquote der lateinamerikanischen Schwellenländern im Vergleich zu etwa 35 Prozent in Thailand und Korea und mehr als 40 Prozent in Malaysia und China. Die meisten lateinamerikanischen Länder liegen deutlich unter der 25-Prozentmarke (vgl. Tabelle 2). In der öffentlichen Debatte spielen jedoch vor allem die Stabilität der externen Ersparnis, also des Kapitalzuflusses, und die geringen Fortschritte bei der Schaffung einer internationalen Finanzarchitektur mit institutionalisierten Verfahren der Umschuldung und der Beteiligung von privaten Gläubigern eine herausragende Rolle (vgl. Griffith-Jones und Ocampo 2003).

Bezeichnenderweise wird das Thema Kapitalverkehr in den Formulierungen des Washington-Konsenses nicht direkt angesprochen. Dies zeigt, dass nicht nur über die Frage, wann der Kapitalverkehr freizugeben ist, sondern auch über die Frage, ob der Kapitalverkehr überhaupt freizugeben ist, keine Einigkeit bestand. Die Diskussion nach der Asienkrise hat jedoch dazu geführt, dass völlig freier Kapitalverkehr auch von Befürwortern freier Märkte skeptisch gesehen wird. Inzwischen besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Handelsliberalisierung und die Reform des heimischen Kapitalmarktes der Kapitalverkehrsliberalisierung vorangehen sollten (Nsouli et al. 2002; Collier und Gunning 1999). Nur wenige Autoren (z.B. Lal 1987) argumentieren für eine frühzeitige Öffnung des Kapitalverkehrs, damit Investitionsentscheidungen vollständig von Weltmarktpreisen statt von verzerrten heimischen Preisen geleitet werden können und dadurch auch der Reformdruck erhöht wird.

Die Mehrheitsmeinung – der sich allerdings die US-Regierung nicht anschließt – könnte man in zwei Punkten zusammenfassen:

- Kapitalverkehrskontrollen wirken eher kurzfristig als langfristig, eher bei Zuflüssen als bei Abflüssen und eher, wenn sie sich auf spezifische Sektoren richten, als wenn sie auf die gesamte Wirtschaft ausgerichtet sind (Kenen 1996).

- Kapitalverkehrskontrollen wie z.B. die Besteuerung kurzfristiger Zuflüsse sind ein durchaus folgerichtiges Element eines konsistenten makroökonomischen Risikomanagements zur Krisenprävention bzw. –bewältigung (Rogoff 2002; Bhagwati und Tarullo 2003; Williamson 2003).

Daraus folgt, dass es noch am ehesten möglich sein sollte, den Kapitalzufluss in den Finanzsektor kurzfristig zu regulieren. Voraussetzung dafür wäre, dass die Transaktionen des Finanzsektors transparent sind. Genau dies sollte eine effektive Bankenaufsicht garantieren. Ein Teil der Regeln, die von der Bankenaufsicht zu überwachen sind, bezieht sich auf Höchstgrenzen für Währungsrisiken und die Kreditaufnahme im Ausland. Erstaunlich ist deshalb, dass in der Literatur zwar häufig eine Bankenregulierung als unabdingbar angesehen wird, Kapitalverkehrskontrollen jedoch als nicht praktikabel abgelehnt werden: Administrativ verantwortete Beschränkungen der Kreditaufnahme im Ausland sind Kapitalverkehrskontrollen – sie werden vom Washington-Konsens sogar implizit gefordert.

Unabhängig davon, was im Washington-Konsens formuliert wurde, ist das Thema Kapitalverkehr durch die Krisen der neunziger Jahre und der zunehmenden Liquidität des internationalen Kapitalmarktes – Stichwort "Globalisierung" – in die wirtschaftspolitische Diskussion zurückgekehrt (Schweickert 2000a). Bei offenen Kapitalmärkten stellen große Kapitalzuflüsse die makroökonomische Steuerung einer Volkswirtschaft immer vor erhebliche

Probleme. Diese Zusammenhänge sind nun keineswegs neu; die lateinamerikanischen Ländern haben bereits zu Beginn der achtziger Jahren damit leidvolle Erfahrungen gemacht. Die Konsequenz daraus ist, dass man nicht wissen kann, in welcher Höhe Kapital zufließen wird, und dass deshalb ein Zustrom ausländischen Kapitals ein Risiko darstellt. Dieses muss sich nicht notwendigerweise realisieren, macht aber die Wirtschaft vom Weiterbestehen des Status-Quo abhängig. Schlechte Nachrichten führen bei einer hohen Risikoposition nahezu zwangsläufig zu einer Krise (Schweickert 2000b).

Welche Lehren kann man nun ziehen, die zur Formulierung einer Konsensposition bezüglich des internationalen Kapitalverkehrs beitragen könnte, die über die Ausklammerung des Themas im Washington-Konsens hinausgeht? Hier zeichnet sich ab, dass die Vorteilhaftigkeit von Direktinvestitionen wegen ihrer Stabilität kaum noch bestritten wird. Daraus könnte man weiter folgern, dass die Entwicklungsstrategie in erster Linie auf die Förderung der heimischen Ersparnis und auf ausländische Direktinvestitionen abstellen sollte und dass die Marktöffnung für andere Arten des Kapitaltransfers von der Entwicklung des heimischen Kapitalmarktes abhängig zu machen wäre. Vor allzu großem Optimismus bezüglich der Möglichkeit, einen solchen Entwicklungsprozess durch entsprechende Kapitalverkehrskontrollen zu steuern, muss allerdings gewarnt werden. Sind die oben gemachten Aussagen zur Wirksamkeit von Kapitalverkehrskontrollen richtig, so sind sie, mit wenigen

Ausnahmen, nur zeitweise und sehr gezielt und nicht bei Kapitalabflüssen einzusetzen. Empirische Befunde zeigen allerdings, dass es gelingen kann, durch eine Diskriminierung kurzfristiger Zuflüsse die Struktur der Zuflüsse zugunsten langfristiger Anlagen zu beeinflussen (Cárdenas und Barrera 1997). Ohne die vollständige Freigabe von Direktinvestitionen und ohne stabile makroökonomische Rahmenbedingungen, wie dies z.B. in Chile der Fall war, machen Kapitalverkehrskontrollen aber keinen Sinn.

Der Diskriminierung von sonstigen Kapitalzuflüssen zugunsten von Direktinvestitionen liegt ein, gemessen an früherer Skepsis, erstaunlicher Konsens zugrunde, der sich auf die Stabilität und die Wachstumswirkung von Direktinvestitionen gründet. Im Gegensatz zur Entwicklung des Außenhandels, bleibt Lateinamerika bei den Zuflüssen an Direktinvestitionen nicht hinter Asien zurück (Nunnenkamp 2003; UNCTAD 2003). Beide Regionen vereinen etwa gleich große Anteile an den globalen Direktinvestitionen auf sich. Im Zeitraum 1997 bis 2002 betrug der Anteil des Zuflusses an Direktinvestitionen an den gesamten Investitionen in Lateinamerika 19 Prozent im Vergleich zu Asien mit 11 Prozent.

Direktinvestitionen sind aber keine Allheilmittel:

- Die Möglichkeiten, den Kapitalverkehr auf Direktinvestitionen zu lenken, sind begrenzt.

- Direktinvestitionen haben sich zwar als stabiler erwiesen als andere Arten von Kapitalzuflüssen, sie sind jedoch auch weniger flexibel bzw. steuerbar.
- Eine Überbetonung der Finanzierungsfunktion von Direktinvestitionen kann dazu führen, dass ihre Funktion für den Technologieimport vernachlässigt wird.
- Direktinvestitionen können erhebliche Governance-Probleme mit sich bringen; dies gilt umso mehr, je kleiner ein Land, je geringer seine Verwaltungskapazität und je größer die Projekte sind.
- Direktinvestitionen wirken sich nicht automatisch wachstumsfördernd aus, wenn sie, wie z.B. Direktinvestitionen im Primärsektor, keine Lerneffekte und keine Technologieeffekte auslösen (etwa bei fehlendem Humankapital, das den Technologietransfer im Land leisten könnte).

Die Voraussetzungen dafür, dass Direktinvestitionen tatsächlich die ihnen zugeschriebenen positiven Effekte haben, sind deshalb in Südostasien besser als in Lateinamerika. Hier werden Direktinvestitionen in erster Linie als Technologietransfer aufgefasst und treffen auf eine Wirtschaftsstruktur mit vielen Unternehmen und ausreichend Humankapital im Bereich der Ingenieurwissenschaften, um diesen Technologietransfer zu bewerkstelligen. Ähnlich wie bei der Frage der Erhöhung der Exportdynamik sind also institutionelle Aspekte ausschlaggebend für positive Wachstumswirkungen.

So hat Lateinamerika, trotz quantitativ vergleichbarer Direktinvestitionen, erheblich weniger von diesen Zuflüssen profitiert als Asien (Nunnenkamp 2003). Die Gründe dafür, dass keine signifikante Korrelation zwischen Direktinvestitionen und dem Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens besteht lassen sich empirisch belegen:

- In zahlreichen lateinamerikanischen Ländern, vor allem in Brasilien, sind Direktinvestitionen traditionell auf die heimischen Märkte ausgerichtet und konzentrieren sich auf kapital- und technologieintensive Sektoren des verarbeitenden Gewerbes, für die den lateinamerikanischen Ländern die internationale Wettbewerbsfähigkeit fehlt. Die Wachstumseffekte solcher inlandsorientierter Direktinvestitionen sind jedoch geringer als die von Direktinvestitionen, die auf den internationalen Markt ausgerichtet sind und versuchen Effizienzvorteile auszunutzen (Nunnenkamp und Spatz 2003).
- Ausländische Investoren müssen in Lateinamerika in der Regel heimische Unternehmen in starkem Maße beteiligen (local content requirements). Dadurch wird die wettbewerbs- und wachstumsfördernde Wirkung von Direktinvestitionen erheblich beeinträchtigt (Moran 1999).
- Befragungen ergeben zudem, dass Lateinamerika weniger Technologie über Direktinvestitionen importiert als Asien (WEF 2003). Auch wenn es zum Import von Technologie kommt, bleibt die Adaption neuer Technologien

aufgrund fehlender komplementärer Produktionsfaktoren beschränkt. Gerade dies wird als Hauptgrund für geringe Wachstumseffekte von Direktinvestitionen angesehen (Kokko 2002).

- Schließlich geht ein Teil möglicher positiver Effekte dadurch wieder verloren, dass, im Gegensatz zu Asien, die Direktinvestitionen in Lateinamerika inländische Investoren verdrängen (Agosin und Mayer 2000).

Die im letzten Kapitel bereits diskutierten neuen regionalen Integrationsstrategien, die auf die Schaffung eines breiteren Marktes ausgerichtet sind, können auch das Ziel verfolgen, zusätzliche Direktinvestitionen anzulocken. Dies bezieht sich allerdings in erster Linie auf Integrationsgemeinschaften mit Herkunftsländern von Direktinvestitionen. Außerdem gewinnen auch hier nur die Länder, die ein attraktives Umfeld bereitstellen können. Schließlich können auch in Integrationsgemeinschaften bei strukturellen und institutionellen Defiziten keine positiven Wirkungen von Direktinvestitionen auf die Wachstumsdynamik erwartet werden.

Unbestritten ist bei der berechtigten Skepsis gegenüber der Stabilität ausländischer Kapitalzuflüsse und trotz der vermuteten Stabilität von Direktinvestitionen, dass die Hauptlast bei der Finanzierung von Investitionen von der heimischen Ersparnis getragen werden muss. Je höher die heimische Ersparnis, desto geringer das makroökonomische Risiko und desto stabiler die

finanziellen Ressourcen, die für Investitionen zur Verfügung stehen. Außerdem liegen für fast alle Länder die langfristigen Investitionsquoten nahe bei den Sparquoten. Der Washington-Konsens fordert zur Mobilisierung heimischer Ersparnis positive Realzinsen. Außerdem nimmt er die Finanzmarktregulierung ausdrücklich von der Forderung nach Deregulierung aus. Inzwischen haben aber fast alle lateinamerikanischen Schwellen- und Entwicklungsländer über längere Zeit positive Realzinsen sicher gestellt, ohne dass dadurch die Sparquote entscheidend angestiegen wäre (Schweickert 2003). Wieso sind also bei marktbestimmten Zinssätzen die Ersparnisse in Südostasien höher als in Lateinamerika?

Folgende Zusammenhänge lassen sich empirisch stützen:

- Mehrere Querschnittsuntersuchungen zeigen, dass die Sparquote mit dem Einkommensniveau steigt. Dabei wirkt sich eine Erhöhung des Einkommens für Entwicklungsländer stärker aus als für Industrieländer. Für Erstere kann eine Verdoppelung des Einkommens zu einer Erhöhung der Sparquote um 10 Prozentpunkte führen. Dagegen hat die Einkommensverteilung keinen eindeutigen Effekt auf die Sparquote. Während eine höhere Konzentration des Einkommens die Sparquote der Haushalte erhöht, nimmt die Sparquote der Unternehmen und des Staates ab (Loayza et al. 2000; Schmidt-Hebbel und Servén 2000).

- Eine Erhöhung der staatlichen Sparquote führt dagegen zu einer höheren gesamtwirtschaftlichen Sparquote, da die privaten Ersparnisse nicht vollständig verdrängt werden. Der Verdrängungseffekt ist jedoch regional sehr unterschiedlich und insbesondere für lateinamerikanische Länder eher hoch (Burnside 1998). Die empirische Evidenz zeigt auch, dass eine Erhöhung der staatlichen Sparquote die gesamtwirtschaftliche Sparquote eher über eine Reduzierung der Staatsausgaben als über eine höhere Besteuerung verbessern kann (Corbo und Schmidt-Hebbel 1991; Edwards 1996).
- Die Sparquote steigt auch in Ländern, die die Kapitalbasis ihres Rentensystems erhöhen. So wird für Chile, dem ersten Schwellenland, dass die Alterssicherung auf ein kapitalbasiertes System umstellte, ein Drittel der Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote um 12 Prozentpunkte seit Mitte der 80er Jahre der Rentenreform zugeschrieben (Schmidt-Hebbel 1999). Bei einem Umlagesystem steigt dagegen der negative Effekt auf die Sparquote mit dem Anteil des vom System erfassten Personenkreises (Samwick 2000).
- Positive Effekte einer Finanzmarktliberalisierung machen sich eher indirekt bemerkbar. So kann eine höhere Effizienz des Finanzmarktes zu einer Verbesserung der Investitionstätigkeit und damit der Wachstumsperspektiven führen. Deshalb führt eine Finanzmarktliberalisierung über ein höheres Wachstum zu einer höheren Sparquote.

- Dagegen sinkt die Sparquote in der Regel bei einer Erhöhung des Kapitalzuflusses in Form einer höheren Kreditaufnahme im Ausland (Loayza et al. 2000).

Empirische Untersuchungen kommen insgesamt zu dem Ergebnis, dass das Wirtschaftswachstum die wichtigste Determinante der heimischen Ersparnis ist (Edwards 1995). Die Erfahrungen aus Ländern, in denen sowohl das Wachstum als auch die Spartätigkeit sprunghaft angestiegen ist, zeigt, dass höheres Wachstum zu einer höheren Sparquote führt, die wiederum das Wachstum nachhaltig werden lässt. Umgekehrt führt eine starke Erhöhung der Sparquote nicht zu dauerhaft höherem Wachstum (Rodrik 2000). Rodrik argumentiert, dass positive Produktivitätsschocks die Gewinne steigern und so zu höheren Investitionen und Wachstum führen. Da sich die Konsumgewohnheiten jedoch wenig ändern, folgt daraus auch, dass eine Erhöhung der Sparquote weitere Investitionen finanziert. Eine Betrachtung der länderspezifischen Entwicklung führt zu relativ unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Faktoren, die die Wachstumsschübe ausgelöst haben. Für die asiatischen Staaten wie Korea, Singapur und Taiwan sind dies in erster Linie Investitions- und Exportanreize sowie komplementäre öffentliche Investitionen. Für Chile ist dagegen eher die Entwicklung des Finanzmarktes und der Umbau des Rentensystems verantwortlich zu machen.

Das bedeutet, dass in Asien nicht deshalb mehr gespart wird, weil die Menschen eine höhere Präferenz für zukünftigen Konsum haben als in Lateinamerika, sondern um bei positiven Wachstumsperspektiven investieren zu können. Berechnet man hypothetische Sparquoten für die asiatischen Länder unter der Annahme lateinamerikanischer Wachstumsraten, so kehren sich die Verhältnisse sogar um: Die Sparquote in Asien wäre bei vergleichbarem Wirtschaftswachstum sogar niedriger gewesen als in Lateinamerika (Gavin et al. 1997).

Investitionsanreize wären demnach wichtiger als Sparanreize. Wie schon bei der Exportentwicklung besteht also das Problem zum großen Teil darin, die wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bekommen und dadurch einen sich selbst verstärkenden Prozess auszulösen. Darüber hinaus besteht auch ein positiver Zusammenhang zwischen der Exportquote und der Sparquote, der sich wie folgt begründen lässt: Zum einen kann im Exportsektor eine überdurchschnittlich hohe Sparquote angenommen werden, die insbesondere auch bei rohstoffexportierenden Unternehmen empirisch festgestellt werden kann. Zweitens bilden Exporte in Entwicklungsländern oftmals eine wichtige Basis der Besteuerung. Hohe Exportquoten verbessern somit die Möglichkeit für staatliches Sparen. Schließlich ermöglichen intensive Handelsverflechtungen die Ausnutzung dynamischer komparativer Vorteile und wirken somit wachstumsfördernd. Über den Einkommenseffekt ergeben sich so indirekt

positive Wirkungen auf die Sparquote (Reichel 1993, 1996). Wie schon im letzten Abschnitt argumentiert, sind die strukturellen und institutionellen Voraussetzungen in lateinamerikanischen Ländern hierfür in der Regel schlechter als in südostasiatischen Ländern. Aufgrund der sehr ungleichen Einkommensverteilung und des geringen Bildungsniveaus der ärmsten Bevölkerungsgruppen sind soziale Mobilität und Investitionsanreize gering. Außerdem fehlt es an verbrieften Eigentumstiteln, die als Kreditsicherheiten dienen könnten. Positive wirtschaftliche Entwicklungen gehen so an weiten Teilen der Bevölkerung vorbei, und kleinere Unternehmen, die die Wachstumsdynamik tragen könnten, entstehen kaum.

Es wird also wiederum deutlich, dass der Washington-Konsens keine hinreichenden Handlungsanweisungen für nachhaltiges Wachstum gibt. Die Diskussion um einen Post-Washington-Konsens hat somit selbst dann ihre Berechtigung, wenn man den historischen Kontext der Entwicklung des Washington-Konsenses berücksichtigt. Auch diejenigen lateinamerikanischen Länder, die den Konsens-Katalog weitgehend abgearbeitet haben, sehen sich mit dem Problem konfrontiert, dass von einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung wie in den asiatischen Hochwachstumsländern keine Rede sein kann.

Wie von Kuczynski und Williamson (2003) betont, muss eine umfassende Reformagenda über den Washington-Konsens hinausgehen. Diese Reformen werden in Kapitel 2.2 diskutiert. Es ist jedoch auch die Krisenanfälligkeit

lateinamerikanischer Länder zu bekämpfen, damit sich die Wirkungen von Reformen überhaupt entfalten können. Bei der Reduzierung der Krisenanfälligkeit setzen Kuczynski und Williamson allerdings neben einer höheren Wechselkursflexibilität und einer Erhöhung der heimischen Ersparnisse vor allem auf eine antizyklische Fiskalpolitik und auf ein regionales Monitoring "... analogous (though helpfully more sophisticated than) the European Growth and Stability Pact ..." (Williamson 2003: 12). Die Perspektiven für eine antizyklische Fiskalpolitik und regionales Monitoring nach europäischem Muster sind für lateinamerikanische Länder jedoch eher skeptisch zu beurteilen. Insbesondere zeigen Calderón und Schmidt-Hebbel (2004), dass eine antizyklische Fiskalpolitik eng mit der Glaubwürdigkeit eines Schwellenlandes verknüpft ist. Die Reduzierung der Krisenanfälligkeit wäre dann aber die Voraussetzung für eine antizyklische Fiskalpolitik. Diese Studie betont deshalb die Rolle der Exportentwicklung im Besonderen und des technologischen Fortschritts im Allgemeinen für eine Reduzierung der Krisenanfälligkeit *und* eine Stärkung der Wachstumskräfte.

2.2 Hinreichende Bedingungen – die Suche nach einem Post-Washington-Konsens

Noch während seiner Amtszeit als Chefökonom der Weltbank prägte Joseph Stiglitz den Begriff "Post-Washington-Konsens" in einem Artikel mit dem programmatischen Titel "More Instruments and Broader Goals: Moving toward

the Post-Washington Consensus" (Stiglitz 1998). Nicht alle dort geforderten Veränderungen dürften tatsächlich konsensfähig sein. Insbesondere die Aussage, dass die makroökonomische Stabilisierung nicht zu ehrgeizig sein sollte und z.B. Inflationsraten von bis zu 40 Prozent tolerabel seien, hat Stiglitz zwar bei Nichtregierungsorganisationen viele Sympathien eingetragen. Sie wird aber gleichwohl eine Minderheitsmeinung bleiben (siehe auch die Diskussion in Kapitel 2.1). Ein breiter Konsens zeichnet sich jedoch in zwei von Stiglitz diskutierten Bereichen ab. Dies betrifft zum einen die Notwendigkeit, die reine Wachstumsbetrachtung um Armuts- und Verteilungsaspekte zu erweitern, wobei der Humankapitalbildung eine Schlüsselrolle zukommt. Zum anderen häuft sich die Evidenz dafür, dass nachhaltiges Wirtschaftswachstum ohne ein Mindestmaß an institutionellen Rahmenbedingungen nicht realisierbar ist. Beide Bereiche sind von erheblicher Relevanz, wenn es darum geht, die Entwicklungsunterschiede zwischen Lateinamerika und Asien zu erklären.

2.2.1 Armutsbekämpfung und Umverteilung als explizite Ziele der Reformpolitik

Die Beschränkung des Washington-Konsenses auf das Wachstumsziel lässt sich zum Teil aus der speziellen Problemlage der Volkswirtschaften Lateinamerikas in den 80er Jahren heraus erklären, reflektiert aber auch die zu dem Zeitpunkt vorherrschende Einschätzung, dass der Schlüssel zur Armutsbekämpfung in einer erfolgreichen Wachstumspolitik liege und es keiner eigenständigen

Armutsreduzierungsstrategie bedürfe. Die Einkommensverteilung wurde ausgeblendet, weil nur die Verringerung der absoluten Armut als soziales Ziel allgemein akzeptiert wurde. Zudem legten entwicklungstheoretisch begründete Analysen einen trade-off zwischen Wirtschaftswachstum und einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der Einkommen nahe: Zunächst müssten Investoren starke Anreize für die Bildung von Produktionskapazitäten erhalten, die erzielten Einkommenszuwächse würden dann nach und nach zu den übrigen Bevölkerungsgruppen durchsickern ("trickle down").

Ein positiver Beitrag dauerhaften Wachstums zur Armutsreduzierung lässt sich in der Tat nachweisen. So kommt eine viel beachtete Weltbankstudie für einen breiten Länderquerschnitt zu dem Ergebnis, dass im Durchschnitt alle Bevölkerungsgruppen zu etwa gleichen Teilen vom Wirtschaftswachstum profitieren (Dollar und Kraay 2001). Auch für Asien und Lateinamerika zeigen die vorhandenen Daten zur Entwicklung der absoluten Armut, dass Wachstum eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Armutsbekämpfung darstellt. Dramatische Verbesserungen der Armutssituation verzeichneten während der 90er Jahre alle aufholenden asiatischen Volkswirtschaften und Chile (vgl. Tabelle 3). Im übrigen Lateinamerika entsprach den bescheidenen durchschnittlichen Wachstumsraten eine insgesamt ebenso bescheidene Verringerung der Armut. Am unteren Ende der Skala erhöhte sich im wirtschaftlich stagnierenden Venezuela der Anteil der Armen an der Bevölkerung sogar erheblich.

Wachstum alleine dürfte allerdings für eine konsequente Armutsbekämpfung nicht ausreichen, insbesondere dann nicht, wenn man das Ziel verfolgt, die Armen im Rahmen einer pro-poor-growth-Strategie überproportional am Wachstum teilhaben zu lassen (Nunnenkamp und Thiele 2004). Es gibt deutliche Hinweise darauf, dass diejenigen innerhalb der Gruppe der Armen, die über keinerlei Aktiva (Humankapital, Sachkapital, Land, Netzwerke) verfügen, von der allgemeinen Wachstumsdynamik weitgehend ausgeschlossen bleiben (z.B. Christiaenson et al. 2002; Klasen 2003). Die extreme Ungleichheit in Lateinamerika impliziert, dass Wachstum dort weit weniger als in Asien eine hinreichende Bedingung für die Armutsbekämpfung darstellt, weil der "Bodensatz" der Armen, die aufgrund fehlender Ressourcen aus eigener Kraft kaum Einkommenszuwächse realisieren können, erheblich größer ist. Dies manifestiert sich u.a. darin, dass es in keinem der größeren lateinamerikanischen Länder gelungen ist, in den 90er Jahren die Zahl der im städtischen informellen Sektor beschäftigten Niedrigverdiener mit geringen Aufstiegsmöglichkeiten zu senken (Saavedra 2003).

Tabelle 3 — Armut und Einkommensverteilung in Lateinamerika und Asien, 1989–2000

	Armutsrates ^a		Gini-Koeffizient ^b	
	erstes Jahr	letztes Jahr	erstes Jahr	letztes Jahr
Argentinien	18,4	17,9	0,47	0,49
Bolivien	65,6	61,4	0,54	0,60
Brasilien	48,3	41,3	0,57	0,58
Chile	32,4	16,1	0,55	0,56
Costa Rica	35,9	30,5	0,46	0,46
Ecuador	49,5	48,0	0,56	0,56
Kolumbien	42,4	39,4	0,57	0,56
Mexiko	19,7	21,2	0,53	0,54
Paraguay	52,1	51,0	0,57	0,57
Peru	41,9	42,4	0,46	0,49
Uruguay	23,2	13,6	0,41	0,44
Venezuela	12,6	20,6	0,43	0,47
Durchschnitt	/c	/c	0,51	0,53
China	31,5	17,4	0,36	0,40
Indien	40,9	28,6	0,31	0,36
Korea	n.V.	n.V.	0,34	0,32
Malaysia	17,1	9,6	0,41	0,42
Thailand	21,1	8,6	0,47	0,41
Durchschnitt	/c	/c	0,38	0,38

^aAnteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. – ^bGängigstes Maß der Einkommensverteilung; liegt zwischen 0 (absolute Gleichverteilung) und 1 (absolute Ungleichverteilung); Werte ab etwa 0,5 zeigen eine starke Ungleichheit an. – ^cDurchschnitte wurden nicht berechnet, weil die Zahlen, die auf nationalen Armutslinien basieren, international nicht vergleichbar sind.

Quelle: Behrman et al. (2001); Chen und Wang (2002); Warr (2002); Weltbank (2003).

Die anhaltend große Bedeutung des informellen Sektors in fast allen lateinamerikanischen Ländern ist allerdings nicht nur eine Folge der mangelnden Ressourcenausstattung der Armen, sondern lässt sich zum Teil auch mit Arbeitsmarktregulierungen erklären, die im Widerspruch zu den Empfehlungen des Washington-Konsenses vielfach unverändert geblieben sind (vgl. Tabelle 1). Verglichen mit Asien weist Lateinamerika im Durchschnitt

hohe Lohnnebenkosten und – insbesondere aufgrund großzügiger Abfindungsregelungen bei Entlassungen – einen strikten effektiven Kündigungsschutz auf (Djankov et al. 2003). Beide Faktoren haben dazu beigetragen, gering qualifizierte Arbeitskräfte in die Arbeitslosigkeit bzw. in den ungeschützten informellen Sektor abzudrängen (IADB 2003). In einigen Ländern Lateinamerikas (z.B. Brasilien und Kolumbien) scheint dieser Effekt durch hohe Mindestlöhne noch verschärft worden zu sein.

Der zwischen egalitärer Verteilung und Wachstum postulierte Gegensatz wird in der neueren Literatur in Frage gestellt. Dort wird gezeigt, dass starke Ungleichheiten Wachstumsprozesse auch behindern können, und zwar im wesentlichen über zwei Kanäle (z.B. Benabou 1996): Erstens gefährdet eine starke gesellschaftliche Polarisierung die politische Stabilität, indem sich z.B. gewaltsame Proteste gegen die Privilegien der Elite richten. Politische Stabilität wiederum ist eine zentrale Voraussetzung für Investitionen und damit auch für langfristiges Wachstum (siehe auch Kapitel 2.2.3). Zweitens erhöht sich mit steigender Ungleichheit die Zahl derer, die eigentlich rentable Investitionen nicht tätigen können, weil ihnen die notwendige Liquidität fehlt und gleichzeitig der Zugang zum Kapitalmarkt beschränkt ist. Dies ist besonders offensichtlich im Bereich der Humankapitalbildung, wo erwartete zukünftige Verdienstmöglichkeiten nicht als Kreditsicherheit eingesetzt werden können. Es gilt aber auch für Kleinbauern und Kleinunternehmer, bei denen häufig

unsichere oder fehlende Eigentumsrechte an Böden und Gebäuden der Versorgung mit Krediten im Wege stehen (de Soto 2000). Fallstudien für China und Peru deuten darauf hin, dass Eigentumstitel die Kreditversorgung verbessern und im Durchschnitt zu höheren Investitionen der Begünstigten führen (Deininger und Jin 2003; Larson et al. 2003).

Zusammen mit einigen Staaten im südlichen Afrika weist Lateinamerika als Region die höchste Ungleichheit der Einkommen und Vermögen auf. Der Gini-Koeffizient als gängigstes Summenmaß der Einkommensverteilung liegt im Durchschnitt bei etwas über 0,5 und damit merklich über dem Durchschnittswert von unter 0,4 für die schnell wachsenden asiatischen Volkswirtschaften (Tabelle 3). Dieser aggregierte Befund hat sich über die Zeit kaum geändert. Auf Länderebene zeigt sich, dass selbst Uruguay, die egalitärste Volkswirtschaft Lateinamerikas, den asiatischen Durchschnitt überschreitet. Über die 90er Jahre hinweg ist zudem in keinem lateinamerikanischen Land die Einkommensverteilung gleichmäßiger geworden ist. Zum Teil – etwa in Bolivien und Venezuela – ist sogar eine weitere Zunahme der Ungleichheit zu beobachten. Für Asien ergibt sich ein nach dem Einkommensniveau differenziertes Bild: Während in China und Indien der Aufholprozess mit wachsenden Disparitäten einhergegangen ist, haben sie in Korea und Thailand in den 90er Jahren abgenommen, wobei Korea im Gegensatz zu Thailand bereits von einem niedrigen Ausgangsniveau startete.

Noch gravierender als beim Einkommen sind die Unterschiede zwischen Asien und Lateinamerika beim Vermögen. Besonders der Produktionsfaktor Land ist in Lateinamerika – ungeachtet jüngster Bemühungen einiger Länder (z.B. Kolumbien und Brasilien), marktorientierte Bodenreformen durchzuführen (Birdsall et al. 2001) – extrem ungleich verteilt, aber auch bei der Ausstattung mit Humankapital sind die Abstände zwischen reicheren und ärmeren Bevölkerungsgruppen – gemessen an Schulbesuchsjahren – in Lateinamerika wesentlich größer als in Asien (Birdsall und Londoño 1997). Letzteres spiegelt sich auch in der Struktur der staatlichen Bildungsausgaben wider, die in Asien stärker zugunsten der Basisversorgung und in Lateinamerika stärker zugunsten der Universitäten ausschlägt. So entfielen in Korea 1998 nur etwa 12 Prozent des Bildungsetats auf den tertiären Bereich, während der Anteil in Lateinamerika bei durchschnittlich 22 Prozent lag (Wolff und de Moura Castro 2003). Aufgrund eines privaten Finanzierungsbeitrags von über 80 Prozent waren die Gesamtausgaben Koreas je Student dennoch höher als die aller lateinamerikanischen Länder mit Ausnahme Brasiliens.

Empirische Studien zeigen, dass sich die Ungleichverteilung von Land und Humankapital eindeutig negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas ausgewirkt hat (z.B. Birdsall und Londoño 1997), und dass umgekehrt in den asiatischen Reformländern der ersten Generation, Korea und Taiwan, die frühe Fokussierung auf Grundbildung und gleichen Zugang zu Land

– neben der auf arbeitsintensive Sektoren setzenden Industrialisierungsstrategie
– eine wesentliche Ursache für das spektakuläre und die breite Bevölkerung einschließende Wachstum gewesen ist (Rodrik 1994). Bei Betrachtung eines breiten Länderquerschnitts ergibt sich ebenfalls ein stark positiver Zusammenhang zwischen gleichmäßiger Vermögensverteilung und nachfolgendem Wirtschaftswachstum (Deininger und Olinto 2000). Weniger robust ist die Evidenz im Hinblick auf die Einkommensverteilung: Während für Entwicklungsländer eine schwach positive Korrelation zwischen Gleichheit und Wachstum zu existieren scheint (Barro 2000), kehrt sich das Ergebnis um, sobald die Länderstichprobe um Industrieländer erweitert wird (Forbes 2000).

Alles in allem zeigt sich also die überragende Bedeutung der Vermögensverteilung für die Erklärung von Entwicklungsunterschieden zwischen Lateinamerika und Asien. Ein Mangel an Aktiva in breiten Schichten der Bevölkerung behindert in Lateinamerika sowohl die Bekämpfung der Armut als auch das Wachstum, und zwar in erster Linie deshalb, weil ohne Aktiva der Kreditzugang und damit die Investitionsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind.

2.2.2 Humankapitalentwicklung

Der Bildung von Humankapital wird neben der unmittelbaren Bedeutung für die individuellen Verdienstmöglichkeiten auch ein Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum zugeschrieben. Der Zusammenhang zwischen

Humankapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum ist in einer Vielzahl von vorwiegend makroökonomischen Länderquerschnittsanalysen untersucht worden, wobei die Hypothese einer positiven Wirkung häufig Bestätigung findet (z.B. Mankiw et al. 1992; Dollar und Kraay 2001). Es gibt jedoch auch eine Reihe von Untersuchungen, in denen dies nicht bestätigt wird (z.B. Pritchett 2001). Letzteres lässt sich zum großen Teil damit erklären, dass in empirischen Studien die Humankapitalbildung in der Regel durch die Schulbesuchsdauer approximiert wird. Diese rein quantitative Erfassung vernachlässigt die Bildungsqualität, deren entscheidende Bedeutung für das Wirtschaftswachstum in der neueren Forschung hervorgehoben wird (z.B. Hanushek und Kimko 2000). Die überragende Bedeutung der Bildungsqualität zeigt sich auch im Hinblick auf die Armutswirkungen des Humankapitals. Gundlach et al. (2001) kommen in einer Querschnittsstudie zu dem Ergebnis, dass Bildungsinvestitionen über ihre Wachstumseffekte hinaus nur dann signifikante Verteilungseffekte zugunsten der ärmsten Bevölkerung haben, wenn Qualitätsaspekte berücksichtigt werden.

Quantitativ lassen sich im Bereich der Humankapitalbildung keine systematischen Unterschiede zwischen Asien und Lateinamerika erkennen (Tabelle 4). In beiden Regionen wird nahezu allen Kindern zumindest der Grundschulbesuch ermöglicht. Die etwas höheren durchschnittlichen Quoten für Lateinamerika sind nicht als besserer Zugang zu Primarbildung zu

interpretieren. Sie spiegeln vielmehr wider, dass in Lateinamerika mehr Grundschüler als in Asien das Grundschulalter bereits überschritten haben (siehe Fußnote in Tabelle 4). Im Sekundarbereich sind in den 90er Jahren fast durchweg große Fortschritte erzielt worden. Zu nennen sind hier etwa Brasilien und Thailand, wo die Schulbesuchsraten zwischen 1990 und 2000 von 38 auf 88 bzw. von 30 auf 82 erhöht werden konnten. Argentinien und Uruguay haben mit einem fast universellen Zugang zur Sekundarstufe mittlerweile zu Korea aufgeschlossen. Nur wenige Länder Lateinamerikas (z.B. Ecuador und Venezuela) sowie China und insbesondere Indien liegen noch deutlich zurück. Bei der universitären Ausbildung ist die Spanne der Besuchsraten am größten, mit Korea als einsamem Spitzenreiter, ohne dass sich dies in einem erkennbaren regionalen Muster niederschlägt.

Ein deutlicher Rückstand Lateinamerikas gegenüber Asien ist dagegen im Hinblick auf die Bildungsqualität zu konstatieren. Es gibt Anzeichen dafür, dass – anders als in Asien – die Verbreiterung des Zugangs zu Bildung mit einem Verlust an Qualität erkaufte wurde. Für die Qualitätsprobleme der lateinamerikanischen Schulsysteme lassen sich eine Reihe von Symptomen anführen: Erstens ist es vielfach nicht gelungen, steigenden Schülerzahlen durch entsprechende Erhöhungen der Ausgaben für Unterrichtsmaterialien und Lehrkräfte Rechnung zu tragen, so dass sich die pro Schüler verfügbare Ausstattung verringert hat. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass zusätzliche Ausgaben häufig nur dann die

gewünschten Qualitätseffekte haben, wenn sie mit institutionellen Reformen wie einer stärkeren Schulautonomie oder einer Formulierung von Bildungsstandards in Verbindung mit regelmäßigen Evaluierungen einhergehen, die Leistungsanreize für die am Schulsystem beteiligten Akteure setzen (Wößmann 2002). Zweitens werden die beim Schulbesuch erzielten Erfolge durch hohe Abbrecherquoten relativiert. In Bolivien und Kolumbien beispielsweise beendeten 1999 nur drei Viertel der Schulanfänger das 6. Schuljahr, in Brasilien nur 70 Prozent (Wolff und de Moura Castro 2003).

Tabelle 4 — Schulbesuchsraten in Lateinamerika und Asien, 1990–2000^a

	Primarbereich		Sekundarbereich		Tertiärer Bereich	
	1990	2000	1990	2000	1990	2000
Argentinien	106	120	71	97	39	48
Bolivien	95	116	36	79	21	36
Brasilien	106	125	38	88	11	17
Chile	100	103	73	75	21	37
Costa Rica	101	107	42	60	27	16
Ecuador	116	115	55	57	20	18
Kolumbien	102	112	50	70	13	23
Mexiko	114	113	53	75	15	21
Paraguay	105	111	31	60	8	10
Peru	118	127	67	81	30	29
Uruguay	108	109	81	98	29	36
Venezuela	95	102	35	59	29	28
Durchschnitt	106	113	53	75	22	27
China	125	106	49	63	3	8
Indien	97	102	44	49	6	10
Korea	105	101	90	94	39	78
Malaysia	94	99	56	70	7	28
Thailand	99	95	30	82	17	35
Durchschnitt	104	101	54	72	14	32

^aSchulbesuchsraten werden als Anteil der Schüler bzw. Studenten an der jeweiligen Altersgruppe berechnet. Im Primarbereich ergeben sich zum Teil Werte von über 100, weil Schüler das Grundschulalter schon überschritten haben.

Quelle: Weltbank (2003).

Schließlich haben die wenigen lateinamerikanischen Länder, die an den großen internationalen Schulleistungsvergleichen (TIMSS, TIMSS-Repeat und PISA) teilgenommen haben, durchweg schlecht abgeschnitten (Tabelle 5). In der PISA-Studie belegen Mexiko und Brasilien in allen drei untersuchten Kategorien (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) die beiden letzten Positionen, deutlich hinter Ländern wie Polen und Russland, die ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen aufweisen. Von 41 Teilnehmern an TIMSS, der internationalen Vergleichsstudie für Mathematik und Naturwissenschaften, nimmt Kolumbien den 40. Platz ein. Und selbst Chile rangiert bei TIMSS-Repeat nur zwischen Indonesien und den Philippinen, mit deutlich schlechteren Ergebnissen als Malaysia und Thailand und weit entfernt von Korea, das sich bei allen drei Tests in der absoluten Spitzengruppe befindet.

Insgesamt ergibt sich für Lateinamerika ein deutliches Qualitätsdefizit bei der Humankapitalbildung. Wie Querschnittsstudien belegen, dürfte dies nicht nur direkt das Wirtschaftswachstum beeinflussen, sondern insgesamt das Wachstumspotential Lateinamerikas erheblich reduzieren, indem es einer stärkeren Partizipation armer Bevölkerungsgruppen am Aufholprozess im Wege steht.

Tabelle 5 — Abschneiden ausgewählter Länder in internationalen Schulleistungsvergleichen

PISA ^a											
Lesen			Mathematik			Naturwissenschaften					
Land	Position	Punktzahl	Land	Position	Punktzahl	Land	Position	Punktzahl			
Finnland	1	546	Japan	1	557	Südkorea	1	552			
Kanada	2	534	Südkorea	2	547	Japan	2	550			
Australien	4	528	Australien	5	533	VK	4	532			
Südkorea	6	525	Kanada	6	533	Kanada	5	529			
VK	7	523	VK	8	529	Australien	7	528			
Japan	8	522	Frankreich	10	517	Frankreich	12	500			
Frankreich	14	505	USA	19	493	USA	14	499			
USA	15	504	Deutschland	20	490	Deutschland	20	487			
Italien	20	487	Russland	22	478	Polen	21	483			
Deutschland	21	484	Polen	24	470	Italien	23	478			
Polen	24	479	Italien	26	457	Russland	26	460			
Russland	27	462	Mexiko	30	387	Mexiko	30	422			
Mexiko	30	422	Brasilien	31	334	Brasilien	31	375			
Brasilien	31	396									

TIMSS ^b						TIMSS-Repeat ^c					
Mathematik			Naturwissenschaften			Mathematik			Naturwissenschaften		
Land	Position	Punktzahl	Land	Position	Punktzahl	Land	Position	Punktzahl	Land	Position	Punktzahl
Singapur	1	643	Singapur	1	607	Singapur	1	604	Taiwan	1	569
Südkorea	2	607	Japan	3	571	Südkorea	2	587	Japan	4	550
Japan	3	605	Südkorea	4	565	Japan	5	579	Südkorea	5	549
Frankreich	13	538	England	10	552	Kanada	10	531	Australien	7	540
Russland	15	535	Australien	12	545	Russland	12	526	England	9	538
Australien	16	530	Russland	14	538	Australien	13	525	Kanada	14	533
Kanada	18	527	USA	17	534	Malaysia	16	519	Russland	16	529
Thailand	20	522	Deutschland	18	531	USA	19	502	USA	18	515
Deutschland	23	509	Kanada	19	531	England	20	496	Italien	21	493
England	25	506	Thailand	22	525	Italien	23	479	Malaysia	22	492
USA	28	500	Frankreich	28	498	Thailand	27	467	Thailand	24	488
Kolumbien	40	385	Kolumbien	40	411	Türkei	31	429	Indonesien	32	435
Südafrika	41	354	Südafrika	41	326	Indonesien	34	403	Türkei	33	433
						Chile	35	392	Chile	35	420
						Philippinen	36	345	Philippinen	36	345
						Südafrika	38	275	Südafrika	38	243

^aProgramme for International Student Achievement; Ergebnisse für 15-jährige Schüler für das Jahr 2000; eine Punktzahl von 500 markiert den OECD-Durchschnitt. – ^bThird International Mathematics and Science Study; Ergebnisse für Achtklässler für den Zeitraum 1994-95; eine Punktzahl von 530 markiert den Durchschnitt. – ^cWiederholung der TIMSS; Ergebnisse für Achtklässler für das Jahr 1999; eine Punktzahl von 500 markiert den Durchschnitt.

Quelle: Baumert et al. (2001); Gonzalez et al. (2000).

2.2.3 Institutionelle Reformen

Hinter dem allgemeinen Stichwort "Institutionen" verbirgt sich eine Vielzahl von zum Teil sehr heterogenen Faktoren. In der Institutionenökonomik hat sich eine grobe Unterteilung in formelle und informelle Institutionen durchgesetzt (vgl. Stiglitz 2000). Dabei umfassen formelle Institutionen u.a. Verordnungen und Gesetze, die den Rahmen für wirtschaftliche Aktivitäten abstecken, während zu den informellen Institutionen Traditionen, Normen und Mentalitäten zählen.

Die Bedeutung geeigneter formeller institutioneller Rahmenbedingungen für einen dynamischen Entwicklungsprozess wird immer wieder hervorgehoben. Es gab jedoch lange keine überzeugenden Ansätze, den Begriff "Institutionen" für die ökonomische Analyse zu operationalisieren, so dass es auch nicht möglich war, den Einfluss von Institutionen auf die wirtschaftliche Entwicklung zu quantifizieren. Dies und die Tatsache, dass institutionelle Veränderungen sehr viel komplexer und langwieriger als Reformen in anderen Bereichen sind, hat sicher dazu beigetragen, dass "institution-building" oder – wie es heute häufig genannt wird – "good governance" nicht Teil des Washington-Konsenses geworden ist.

In jüngster Zeit hat es bei der Operationalisierung erhebliche Fortschritte gegeben. Insbesondere ist hier ein Weltbankprojekt zu nennen, in dem unter Auswertung zahlreicher Quellen (z.B. der Global Competitiveness Report des

Weltwirtschaftsforums und die Länderberichte der Economist Intelligence Unit) für einen breiten Länderquerschnitt sechs Dimensionen institutioneller Qualität bewertet und zu einem Gesamtindex aggregiert wurden (Kaufmann et al. 1999).

Dabei handelt es sich um

- politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt,
- bürgerliche und politische Rechte,
- Effektivität der Administration und der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen,
- Qualität der Regulierungen auf Güter-, Faktor- und Finanzmärkten,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Bekämpfung von öffentlicher Bereicherung und Korruption.

Diese und ähnliche Arbeiten haben eine Datengrundlage für die empirische Analyse von Institutionen geschaffen. Aus den bisher vorgelegten empirischen Studien ergibt sich ein recht eindeutiges Bild: Unabhängig davon, ob man institutionelle Qualität anhand eines breiten Indikators misst oder spezifischere Einzelindikatoren wie die Sicherheit der Eigentumsrechte verwendet, erweist sie sich als wichtige erklärende Variable für internationale Entwicklungsunterschiede (Edison 2003). Die sechs erwähnten Teilindikatoren scheinen Querschnittsanalysen zufolge in etwa gleichbedeutend für die wirtschaftliche Entwicklung zu sein (Kaufmann und Kraay 2002). Eine bewusst zuspitzende Simulationsrechnung kommt zum Beispiel zu dem Ergebnis, dass

Bolivien nahezu das Pro-Kopf-Einkommen Südkoreas erreichen könnte, wenn die institutionelle Qualität in beiden Ländern identisch wäre (Rodrik 2003). Der gegenwärtige Stand der Forschung legt sogar nahe, dass institutionelle Defizite die einzige fundamentale Ursache ausbleibender Entwicklungserfolge sind (Acemoglu et al. 2001; Easterly und Levine 2002; Rodrik et al. 2002). Langfristige Unterschiede im Entwicklungsniveau werden demnach allein durch Institutionen determiniert, während kurz- bis mittelfristige Wachstumsunterschiede auch auf andere Faktoren wie die Wirtschaftspolitik zurückzuführen sind. Dieses Ergebnis ist in dem Sinne zu interpretieren, dass ohne hinreichende institutionelle Absicherung "gute" Wirtschafts- und Sozialpolitik über einen längeren Zeitraum nicht durchführbar ist bzw. deren Wirksamkeit konterkariert wird, weil sie nicht für dauerhaft gehalten wird. Umgekehrt zeigt sich kein positiver Einfluss des Entwicklungsniveaus auf die institutionelle Qualität (Kaufmann und Kraay 2002), d.h., es kann nicht damit gerechnet werden, dass sich die Institutionen im Laufe des Entwicklungsprozesses quasi automatisch an die gestiegenen Ansprüche einer stärker differenzierten Ökonomie anpassen.

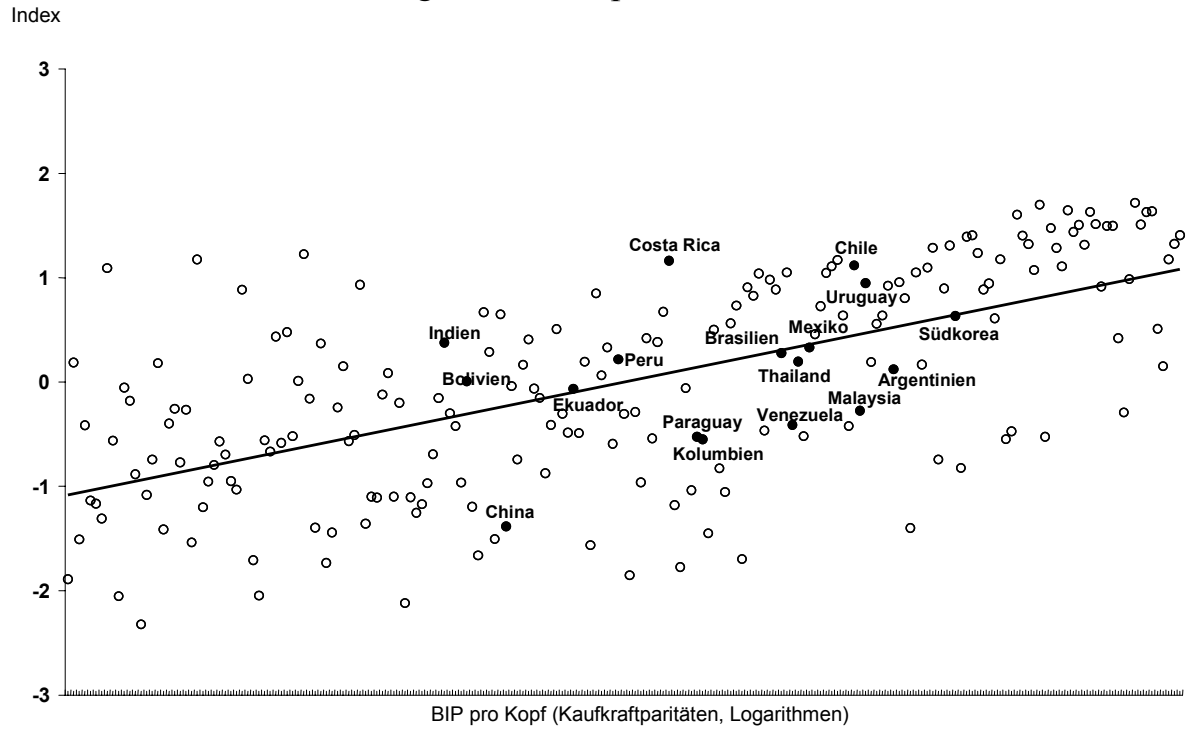
Vergleicht man die institutionellen Rahmenbedingungen Lateinamerikas mit denen der erfolgreichen asiatischen Volkswirtschaften, so fällt auf, dass die institutionelle Qualität in 7 von 12 betrachteten lateinamerikanischen Ländern für mindestens 5 Teilindikatoren unterhalb des Niveaus liegt, das angesichts des

realisierten Pro-Kopf-Einkommens zu erwarten wäre, wobei das erwartete Niveau durch die Regressionsgerade beschrieben wird, die den im Länderquerschnitt geschätzten durchschnittlichen Zusammenhang zwischen institutioneller Qualität und Entwicklungsstand angibt (Schaubild 2). Besonders deutlich fällt die negative Abweichung in Argentinien, Kolumbien, Paraguay und Venezuela aus, etwas weniger ausgeprägt in Brasilien, Ekuador und Mexiko. Relativ nahe an der Regressionsgeraden befinden sich bei den meisten Teilindikatoren die asiatischen Länder sowie Bolivien, Peru und Uruguay. Schließlich ragen die beiden lateinamerikanischen Schwellenländer Chile und Costa Rica heraus: Ihnen werden weit bessere institutionelle Rahmenbedingungen zugeschrieben als es ihrem Entwicklungsstand entspricht; Chile erreicht in den meisten Bereichen sogar Industrieländerstandards.

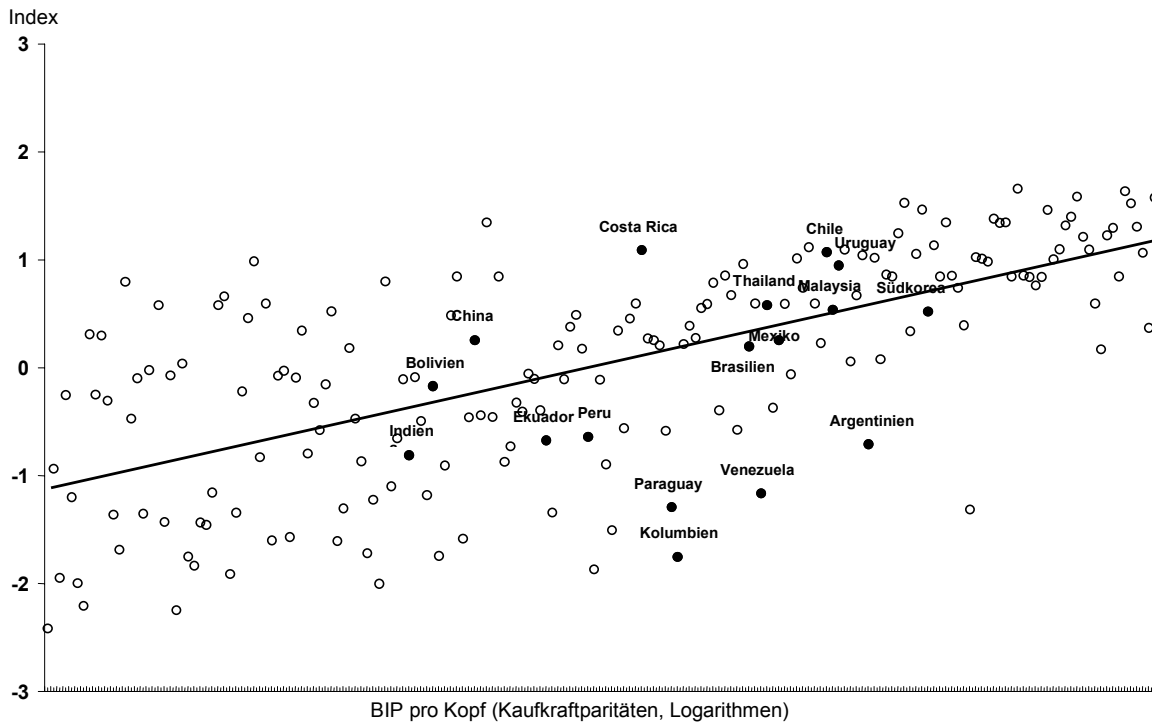
Wie lassen sich die zum Teil erheblichen Abweichungen lateinamerikanischer Länder vom Normalmuster erklären? Eine mögliche Interpretation ist, dass das Entwicklungsniveau der betroffenen Länder wesentlich von anderen Faktoren als Institutionen determiniert wird. Einer weniger optimistischen Interpretation zufolge ist der relativ hohe Lebensstandard in weiten Teilen Lateinamerikas inhärent bedroht, weil die institutionelle Absicherung fehlt (Kaufmann und Kraay 2002). Dies würde umgekehrt bedeuten, dass Chile und Costa Rica die institutionellen Voraussetzungen für einen weiteren Entwicklungssprung bereits geschaffen haben.

Schaubild 2 — Index der institutionellen Qualität und Pro-Kopf-Einkommen, 2002^a

Bürgerliche und politische Rechte

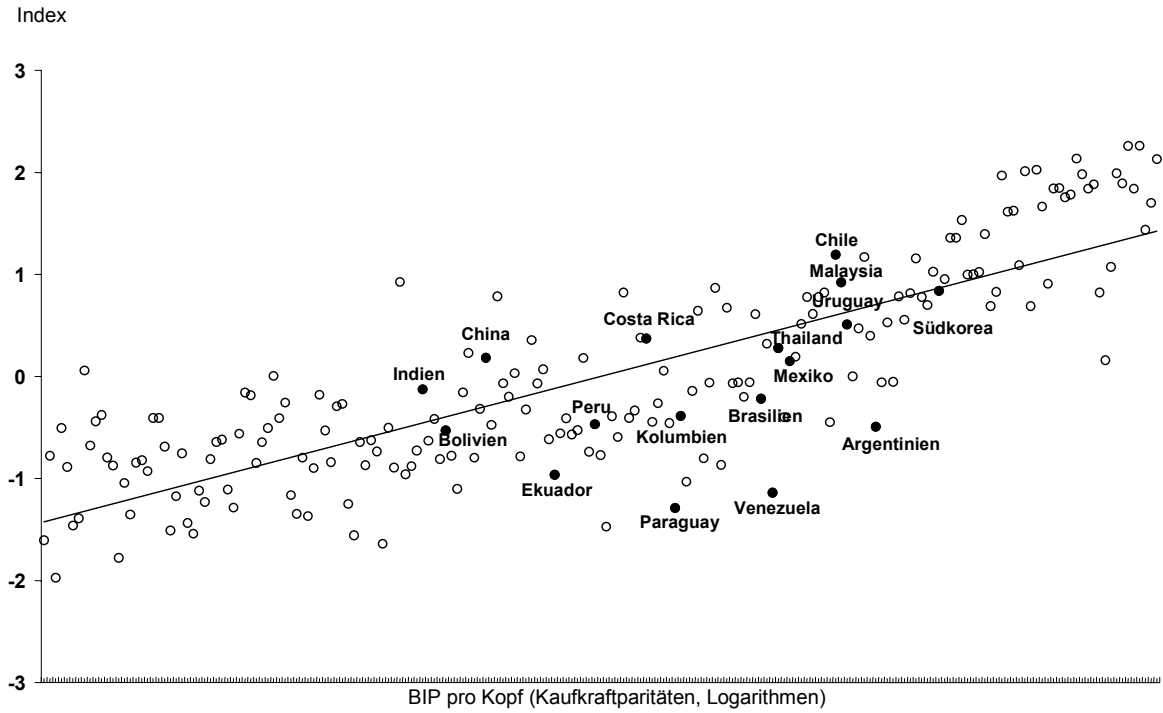


Politische Stabilität

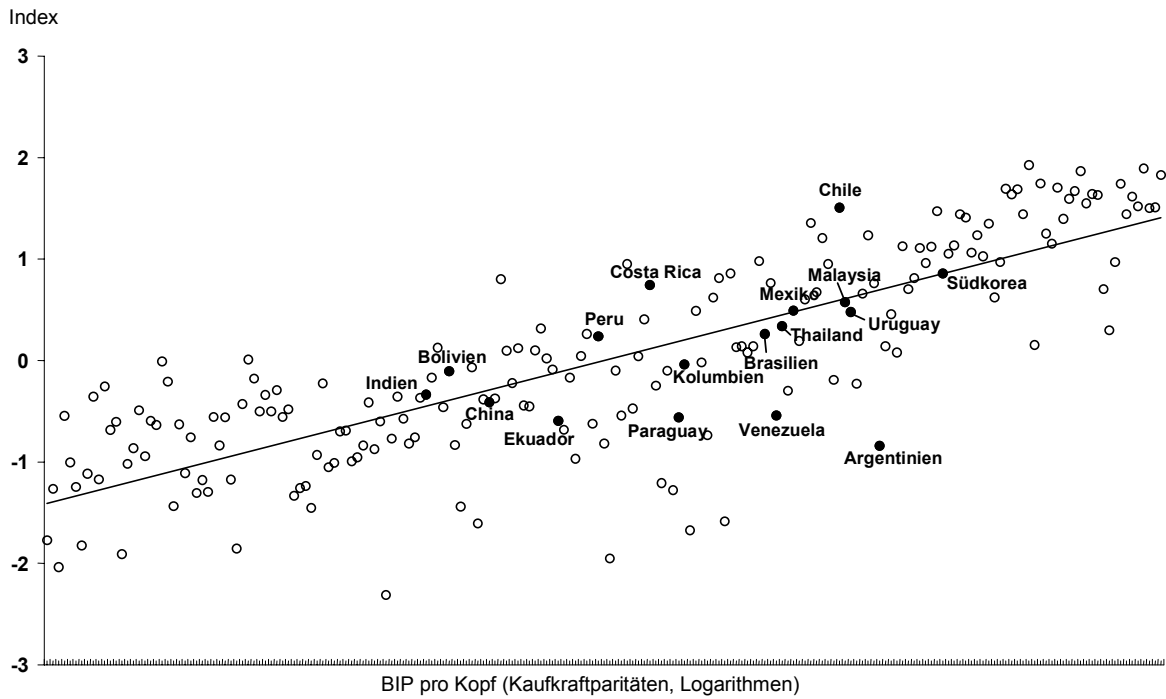


Fortsetzung Schaubild 2

Effektivität der Verwaltung

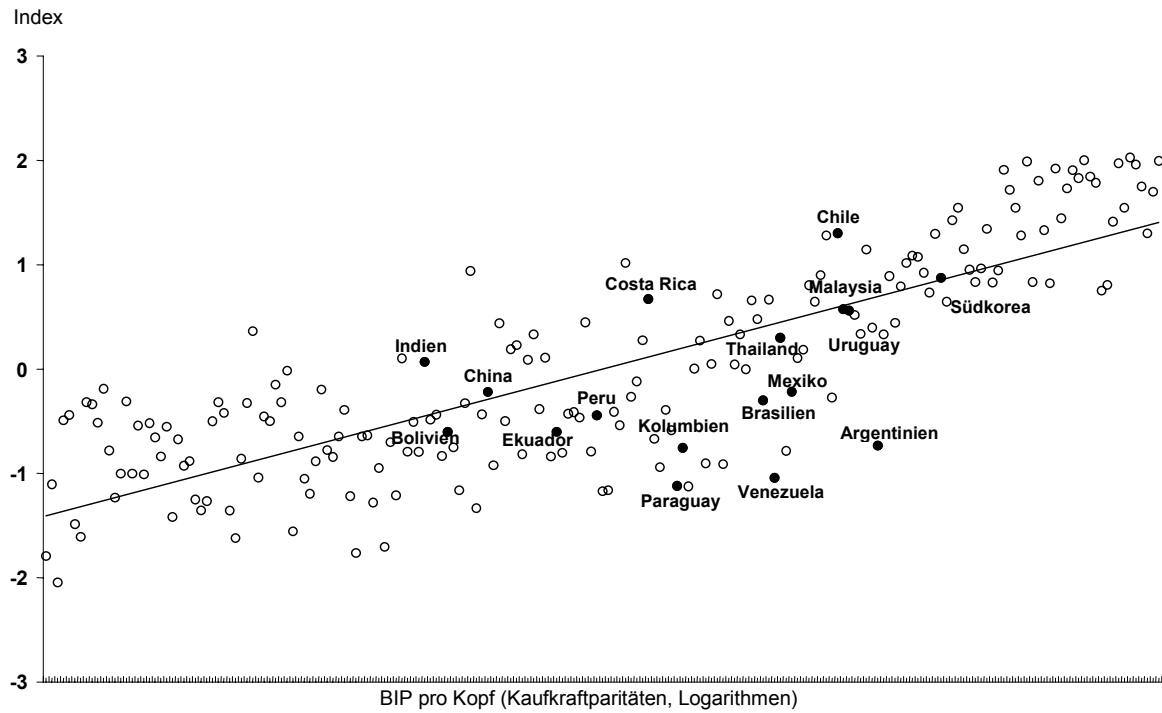


Qualität der Regulierungen

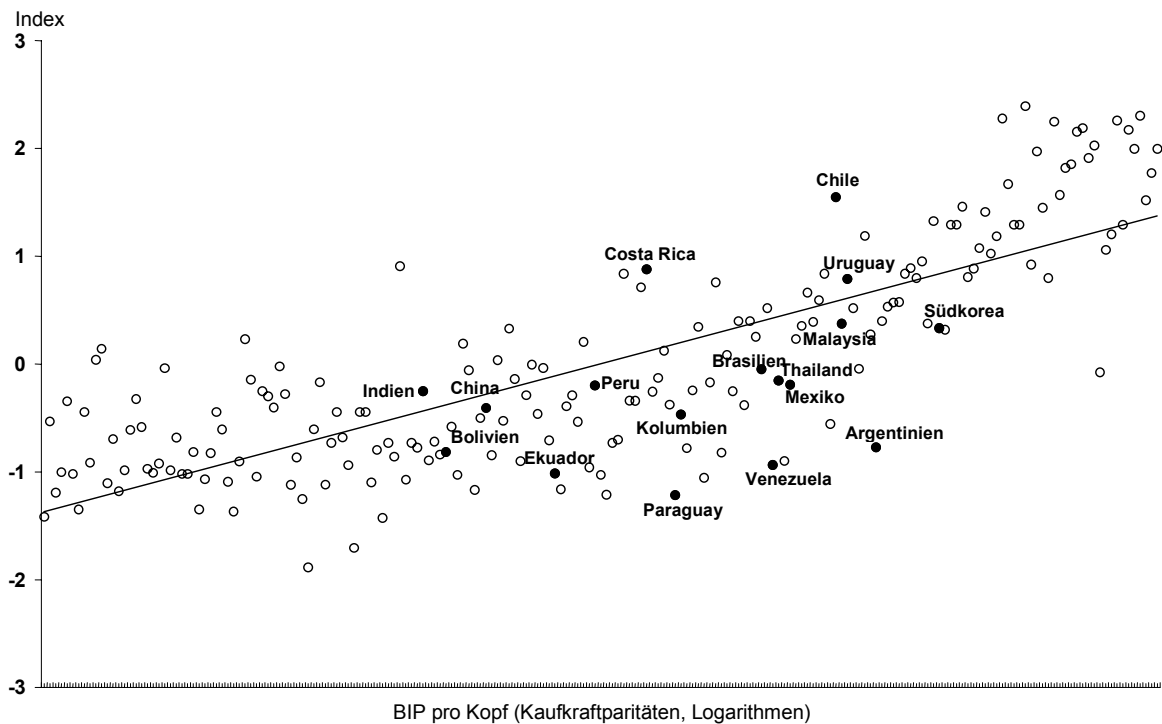


Fortsetzung Schaubild 2

Rechtsstaatlichkeit



Korruptionsbekämpfung



^aFür jeden der Teilindikatoren bewegt sich der Index der institutionellen Qualität zwischen -2,5 und 2,5, wobei ein höherer Wert einer besseren institutionellen Qualität entspricht.

Quelle: Regressionen auf der Basis der Daten aus Kaufmann et al. (2003).

Eine nicht zu vernachlässigende dritte Erklärung dafür, dass die verschiedenen Indikatoren institutioneller Qualität Entwicklungsunterschiede nur teilweise erklären können, liegt in Messfehlern begründet. Für das Entstehen von Messfehlern lassen sich technische und konzeptionelle Gründe anführen. Auf der technischen Ebene ist zu bedenken, dass die Daten auf Einschätzungen von Länderexperten und der Befragung lokaler Akteure beruhen und deshalb ein starkes subjektives Element aufweisen. Ein eindrucksvoller Beleg für die damit verbundene Gefahr erheblicher Messfehler ist die dramatische Herabstufung Argentiniens im Jahr 2002 (Tabelle A2), die vermutlich in weit stärkerem Maße die Unsicherheiten in Anbetracht der akuten Finanzkrise als Verschlechterungen der institutionellen Qualität widerspiegelte und folglich bei der nächsten Bewertung zumindest teilweise wieder korrigiert werden dürfte.

Auf der konzeptionellen Ebene lassen sich trotz genereller Übereinstimmung hinsichtlich der zu berücksichtigenden Institutionen eine Reihe von Detailfragen – z.B. die Frage nach der richtigen Balance zwischen Wettbewerb und Regulierung bei netzgebundenen Dienstleistungen – nicht eindeutig beantworten. Allgemein ist es schwieriger, einen für alle Länder gültigen institutionellen Standard zu definieren als, wie der Washington-Konsens, einen Abbau übermäßiger Staatseingriffe zu fordern. Stiglitz (1998) ging in seinem programmatischen Artikel sogar so weit festzustellen, dass z.B. in Bezug auf Wettbewerbspolitik gar kein Konsens möglich und wünschenswert sei, da keine

für alle Länder optimale Wettbewerbspolitik von den Wirtschaftswissenschaften identifiziert werden könne. Dies impliziert, dass ein großes Gewicht auf länderspezifische Faktoren gelegt werden müsste. Weiterhin bedürfte es einer stärkeren Disaggregation als sie durch die Aufspaltung in sechs Teilindikatoren gegeben ist. Die Weltbank hat einen Schritt in diese Richtung getan, indem sie in einzelnen Ländern – z.B. auch in Peru und Kolumbien (World Bank Institute 2001) – detaillierte Befragungen zur institutionellen Qualität durchgeführt hat.

Die Beschäftigung mit informellen Institutionen wie Normen und Mentalitäten, die häufig unter dem Begriff "Sozialkapital" zusammengefasst werden, war lange Zeit eine Domäne der Soziologen und Politologen. Spätestens seit dem Erscheinen einer Studie von Robert Putnam (1993), in der die Entwicklungsunterschiede zwischen Nord- und Süditalien auf Unterschiede im Sozialkapital zurückgeführt werden, haben sich auch Ökonomen der Thematik gewidmet und insbesondere untersucht, ob sich ein Einfluss des Sozialkapitals auf die wirtschaftliche Entwicklung empirisch nachweisen lässt. Einen entscheidenden Beitrag zur Operationalisierung des Konzepts für empirische Analysen haben die so genannten *World Values Surveys* (Inglehart et al. 2000) geleistet. Im Rahmen der bisher letzten vollständig ausgewerteten Welle der *World Values Surveys* für die Jahre 1995 und 1996 wurden Befragungen in 41 Ländern – darunter die wichtigsten lateinamerikanischen Schwellenländer sowie China, Indien und Südkorea – zu einer Vielzahl von Teilaspekten des

Sozialkapitals durchgeführt. Die ökonomische Forschung hat sich im Wesentlichen auf zwei Aspekte konzentriert, denen eine Schlüsselrolle bei der Senkung von Transaktionskosten zugeschrieben wird: Zum einen ist dies das Vertrauen, das Private untereinander und gegenüber dem Staat aufbringen, zum anderen die Einhaltung von gesellschaftlichen Normen wie Steuerehrlichkeit und Ehrlichkeit bei privaten Transaktionen. In beiden Kategorien gehören die lateinamerikanischen Länder zu den Schlusslichtern, während Südkorea und Indien sich ungefähr auf einem Niveau mit Industrieländern wie Österreich und den Niederlanden befinden (Knack und Keefer 1997).

Die vorliegende empirische Evidenz, bei der analog zu den formellen Institutionen eine erhebliche potenzielle Fehlermarge unterstellt werden muss, legt nahe, dass sich der niedrige Bestand an Sozialkapital nachteilig auf die Entwicklung Lateinamerikas ausgewirkt hat. In Querschnittsstudien wurden nämlich für die beiden genannten Dimensionen des Sozialkapitals jeweils klar positive Wachstumseffekte ermittelt (La Porta et al. 1997; Knack und Keefer 1997; Zak und Knack 2001). Der Transmissionsmechanismus verläuft dabei in erster Linie über höhere Investitionen in Sach- und Humankapital. Physische Investitionen werden bei höherem Bestand an Sozialkapital u.a. dadurch begünstigt, dass informelle Netzwerke fehlende formelle Institutionen – insbesondere Kreditmärkte – leichter ersetzen können und dass staatliche Entscheidungsträger als glaubwürdiger wahrgenommen und damit

Investitionsrisiken als geringer eingeschätzt werden. Die Bildung von Humankapital wird u.a. deshalb lohnender, weil Einstellungsentscheidungen von Unternehmen umso stärker nach Leistungskriterien anstatt auf der Basis persönlicher Beziehungen erfolgen können, je mehr Sozialkapital in der Gesellschaft vorhanden ist.

In den durchgeführten empirischen Studien wurde ebenfalls untersucht, welche Faktoren für die Höhe des Sozialkapitals maßgeblich sind. Dabei zeigte sich, dass eine geringe Polarisierung der Gesellschaft, d.h. eine gleichmäßige Einkommensverteilung und ethnische Homogenität, die Bildung von Sozialkapital in starkem Maße begünstigt. Gleiches gilt für die Existenz eines funktionierenden Rechtsstaats und anderer formaler Institutionen, die die Möglichkeiten staatlicher Willkür beschränken. Auch ein hohes Bildungsniveau und – anders als im Fall formaler Institutionen – ein hohes Einkommen wirken sich positiv aus.

3. POLITIKEMPFEHLUNGEN FÜR NACHHALTIGES UND AUFHOLENDES WACHSTUM IN LATEINAMERIKA

Die Konsensdiskussion hat sich seit Anfang der 90er Jahre erheblich weiterentwickelt. Beschränkte sich der Washington-Konsens noch auf Reformpolitiken, die (technisch) leicht umzusetzen und zu beobachten waren, um festzustellen, ob die Reformpolitik eines Landes überhaupt in die richtige

Richtung ging, so beschäftigt sich die Post-Washington-Konsens-Debatte damit, warum diese Reformpolitiken nicht hinreichend waren, um ein Aufholen Lateinamerikas zu bewirken. Zwei allgemeine Gründe sind hierfür zu identifizieren. Erstens setzt der Washington-Konsens nahezu ausschließlich auf den Abbau staatlicher Eingriffe. Wichtige Aspekte wie die Umstrukturierung der Staatsausgaben, die Schaffung von Eigentumsrechten und die Notwendigkeit, z.B. Kapitalmarktregulierungen von der Forderung nach allgemeiner Deregulierung auszunehmen, sind zwar enthalten, werden aber nicht in den Vordergrund gestellt. Zweitens waren und sind die Voraussetzungen dafür, dass Stabilisierung, Marktöffnung und Deregulierung eine positive Wirkung haben, aufgrund von Strukturproblemen in Lateinamerika ungünstiger als in vielen südostasiatischen Hochwachstumsländern. Bei der im kontinentalen Vergleich hohen Konzentration der Wirtschafts- und Exportstruktur, der extrem ungleichen Verteilung von Einkommen, Humankapital und Zugang zum Kreditmarkt sowie bei relativ wenig ausgeprägter Unternehmens- und Technologiekultur kommt eine Investitions- und Exportdynamik schwer in Gang und ist zudem wenig robust.

Aus der Konsensdiskussion und dem Vergleich lateinamerikanischer und asiatischer Schwellenländer ergibt sich, dass der Washington-Konsens, und insbesondere die Forderung nach makroökonomischer Stabilität, nach wie vor zentrales Element notwendiger Reformen für Schwellen- und

Entwicklungsländer sein muss. Dabei ist anzuerkennen, dass in den meisten lateinamerikanischen Ländern die Umsetzung zentraler Empfehlungen des Washington-Konsenses – z.B. im Bereich der Handelspolitik – schon weit fortgeschritten sind.

Es ergeben sich jedoch vier wichtige zusätzliche Elemente für ein Reformprogramm, das nachhaltiges und aufholendes Wachstum für die lateinamerikanischen Schwellen- und Entwicklungsländer ermöglichen sollte und das vor allem auf die Schaffung von Rahmenbedingungen für das Entstehen einer Investitions- und Exportdynamik setzt:

- Priorität für außenwirtschaftliche Stabilität, um Exportaktivitäten zu unterstützen;
- Adaption von best-practice-Technologien, um den technischen Fortschritt zu beschleunigen;
- Bekämpfung der Armut und Verringerung der extremen Ungleichheit, um die Partizipation weiter Teile der Bevölkerung am Wirtschaftsgeschehen sowie die Entstehung kleiner und mittelständischer Unternehmen zu fördern;
- Aufbau stabiler Institutionen, um Investoren einen Anreiz zu geben, auch langfristige Projekte in Angriff zu nehmen.

Eine höhere Priorität für außenwirtschaftliche Stabilität könnte über flexiblere Wechselkurse und den vorsichtigen Einsatz von den Kapitalverkehr steuernden

Maßnahmen zu stabileren realen Wechselkursen und geringerer realer Aufwertung führen und durch stabile Preise für gehandelte Güter die Grundlage für Investitionen in diesem Bereich der Wirtschaft schaffen. Die realwirtschaftliche Anpassung würde so erleichtert und Reformprozesse begünstigt. Die Voraussetzungen hierfür wurden durch die dramatischen Fortschritte lateinamerikanischer Schwellen- und Entwicklungsländer bei der Inflationsbekämpfung geschaffen. Auch nach erheblichen Abwertungen konnten die Inflationsraten stabilisiert und langsam zurückgeführt werden. Dies bedeutet eine erhebliche Entlastung für das makroökonomische Management, da der Wechselkurs immer weniger als Notanker für die Preisentwicklung herhalten muss. Weitere Entlastung könnte von der Mobilisierung heimischer Ersparnisse kommen, indem die staatliche Ersparnis erhöht, institutionelle Zugangsbeschränkungen zum Kapitalmarkt gelockert und das Finanzsystem durch eine konservative Regulierung stabilisiert werden.

Die Adaption von best-practice-Techniken aus Industrieländern könnte durch eine Technologie- und Bildungspolitik gefördert werden, die den Technologietransfer erleichtert. Im Rahmen der Technologiepolitik wäre etwa an die Ausnutzung von Lizenzierungsabkommen und den Technologietransfer von Importeuren zu den Produzenten der Exportgüter zu denken. Direktinvestitionen sollten gerade in Sektoren, in denen sie mit inländischer Produktion konkurrieren, zugelassen werden, um den Konkurrenzdruck und die

Anreize für technologische Innovationen auf Seiten der inländischen Produzenten zu erhöhen. Dies kann jedoch kaum gelingen, solange Direktinvestitionen in erster Linie als zusätzliche stabile Finanzierungsquelle und nicht als Möglichkeit des Technologietransfers gesehen werden. Auch deshalb sollte verstärkt auf die Mobilisierung heimischer Ersparnisse gesetzt werden. Schließlich muss auch die Bildungs- und Forschungspolitik die Basis dafür schaffen, dass dem Anreiz auch die Kapazität zur Adaption von besserer Technologie gegenübersteht. Dies könnte durch eine Schwerpunktsetzung bei der weiterführenden Bildung auf naturwissenschaftlich-technische und berufsspezifische Ausbildung geschehen.

Bei der Bekämpfung der Armut und der Verringerung der extremen Ungleichheit sollte nach dem Vorbild der erfolgreichen asiatischen Volkswirtschaften das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, der armen Bevölkerung die Akkumulation von Aktiva zu ermöglichen, damit diese aus eigener Kraft ihre Einkommenserzielungschancen verbessern kann. Höchste Priorität sollte dabei die Humankapitalbildung im Primar- und Sekundarbereich genießen, wobei Verbesserungen der niedrigen Qualität des Bildungssystems – z.B. durch die flächendeckende Bereitstellung von Lernmaterialien und einer verbesserten Lehrerausbildung – besonders wichtig sind. Damit die hierfür notwendigen zusätzlichen Ausgaben die gewünschten Effekte haben, müssten sie mit institutionellen Reformen wie einer stärkeren Schulautonomie oder der

Formulierung von Bildungsstandards in Verbindung mit regelmäßigen Evaluierungen einhergehen, die die richtigen Leistungsanreize für die am Schulsystem beteiligten Akteure setzen. Neben der Armutsbekämpfung würde eine qualitativ hochwertige Grundbildung – wie in Asien – auch das langfristige Wachstum fördern, das heißt, es ergibt sich eine doppelte Dividende. Verstärkt würden die positiven Auswirkungen dieser Investitionen in Humankapital durch Arbeitsmarktreformen wie die Kürzung großzügiger Abfindungszahlungen und die Senkung der Lohnnebenkosten, die den Übergang von informeller zu höher bezahlter formeller Beschäftigung erleichtern und die Privilegien einer "Arbeiteraristokratie" abbauen. Dem gleichen Zweck würde ein Ausbau der beruflichen Bildung dienen.

Auch eine umfassende Formalisierung von Eigentumsrechten an Böden und Gebäuden, die einen entscheidenden Beitrag dazu leisten kann, das vorhandene Kapital der Armen zu aktivieren, verspricht eine doppelte Dividende. Damit ein solches Programm in ländlichen Gebieten greifen kann, müsste es von einer Bodenreform begleitet werden, die eine breitere Streuung des Eigentums bewirkt. Dabei sollte unbedingt auf Enteignungen verzichtet werden, um Entwicklungen nach dem Muster Simbabwe vorzubeugen. Vorzuziehen wäre eine auf Freiwilligkeit basierende Umverteilung von Boden, wie sie z.B. in Brasilien und Kolumbien schon recht erfolgreich angelaufen ist. Für diejenigen im informellen Sektor, die über keine mobilisierbaren Aktiva verfügen, können

Mikrokreditinitiativen sinnvoll sein. Die Ausweitung des Kreditzugangs für arme Bevölkerungsgruppen wäre ein vielversprechendes Instrument zur Etablierung eines Mittelstandes, besonders dann, wenn es mit dem Abbau von Regulierungen, die die Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen zum Teil erheblich erschweren, sowie der Bereitstellung von Beratungsdiensten kombiniert würde. Die Kostenintensität von Mikrokrediten darf dabei allerdings nicht außer Acht gelassen werden.

Im Hinblick auf Verbesserungen der institutionellen Rahmenbedingungen legt die empirische Literatur keine eindeutige Prioritätensetzung nahe. Vielmehr scheinen alle sechs diskutierten Teilindikatoren der institutionellen Qualität in etwa gleichbedeutend für die wirtschaftliche Entwicklung zu sein. Für Lateinamerika bedeutet dies, dass die meisten Länder ihre Institutionen umfassend reformieren müssen. Einige wenige Länder können sich auf einzelne Bereiche konzentrieren. So ist zum Beispiel in Uruguay die Effektivität der Bereitstellung öffentlicher Güter unterdurchschnittlich, während bereits ein hohes Maß an politischer Stabilität und ein relativ niedriges Korruptionsniveau erreicht worden ist. Um konkretere Maßnahmen ableiten zu können, bedarf es einer stärkeren Disaggregation als sie durch die Aufspaltung in sechs Teilindikatoren gegeben ist. Bei detaillierten Befragungen der Weltbank zur institutionellen Qualität einzelner Länder ergab sich u.a., dass Korruption in Kolumbien sich am wirkungsvollsten durch eine Eindämmung von

Bestechungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bekämpfen ließe. Nur wenige solcher Detailempfehlungen, wie z.B. die schon genannte Kürzung von Abfindungszahlungen, lassen sich für eine größere Gruppe von Ländern verallgemeinern.

Will man neben den formellen Institutionen auch das Sozialkapital der lateinamerikanischen Länder stärken, so dürften die direkten Einflussmöglichkeiten, die z.B. darin bestehen könnten, durch Verschärfungen im Strafrecht eine Verbesserung der Normenbefolgung zu erreichen, eher begrenzt sein. Erfolgversprechender sind Fortschritte in den bereits erwähnten Bereichen Humankapitalentwicklung, Verringerung extremer Ungleichheit und Aufbau formeller Institutionen. Nach dem derzeitigen Stand der Forschung wäre damit auf indirektem Wege ein Beitrag zur Bildung von Sozialkapital geleistet.

Insgesamt unterstützen die hier vorgeschlagenen Reformen die Reformagenda von Kuczynski und Williamson (2003): Vertiefung der Washington-Konsens-Reformen, Reduzierung der Krisenanfälligkeit, Verbesserung der Einkommensverteilung und Entwicklung besserer Institutionen. Bei der Reduzierung der Krisenanfälligkeit setzen Kuczynski und Williamson allerdings neben einer höheren Wechselkursflexibilität und einer Erhöhung der heimischen Ersparnisse vor allem auf eine antizyklische Fiskalpolitik und auf ein regionales Monitoring nach europäischem Muster. Die Perspektiven für eine antizyklische Fiskalpolitik und regionales Monitoring nach europäischen Muster sind für

lateinamerikanische Länder jedoch eher skeptisch zu beurteilen. Die Bedingungen für derartige Politiken sind vielfach nicht gegeben. Diese Studie betont deshalb die Rolle der Exportentwicklung im Besonderen und des technologischen Fortschritts im Allgemeinen für eine Reduzierung der Krisenanfälligkeit und eine Stärkung der Wachstumskräfte. Dafür sind die Erhöhung der sozialen Mobilität und die Schaffung verlässlicher Institutionen – das ist die zentrale Erkenntnis aus der Post-Washington-Debatte – wichtiger als zu Beginn der 90er Jahre angenommen.

Die hier vorgeschlagenen Reformen in den vier Bereichen Exportorientierung, Technologieförderung, Armutsbekämpfung und institutionelle Entwicklung können zu einer höheren sozialen Mobilität, einer flexibleren Wirtschaftsstruktur sowie zu einer dynamischeren Investitions- und Exportentwicklung beitragen. Dadurch wären wichtige Voraussetzungen für ein höheres und breiteres Bevölkerungsschichten einschließendes Wachstum geschaffen. Um einen solchen Entwicklungsprozess jedoch in Gang zu setzen, muss jedes einzelne Land seine eigene Strategie formulieren, weil insbesondere beim Aufbau von Institutionen, aber auch in anderen Bereichen, eine Reihe von Faktoren – wie von Stiglitz (1998) behauptet – länderspezifisch sind. Auch diese Erkenntnis ist der Post-Washington-Debatte zu verdanken.

Als Vorbild für die Entwicklung nationaler Strategien bieten sich die Armutsreduzierungsstrategiepapiere (PRSPs) an, die arme und hochverschuldete

Länder erstellen müssen, um sich für einen Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-Initiative zu qualifizieren. Die PRSPs liefern einen Rahmen für den nationalen Dialog, beteiligen arme Bevölkerungsgruppen am politischen Willensbildungsprozess und stärken durch quantitative Zielvorgaben das Problembewusstsein (Schweickert et al. 2003). Dieses Konzept ließe sich auch auf Schwellenländer übertragen. Wie im Fall der PRSPs sollte die Federführung bei der Formulierung solcher Reformstrategien bei den Ländern selbst liegen, um die Identifizierung mit den Reformen (*Ownership*) zu gewährleisten. Denn schon bei den Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des IWF hat sich gezeigt, dass ohne lokale *Ownership* die Umsetzung von Reformen häufig scheitert (Thiele und Wiebelt 2000).

Die Chancen, dass lateinamerikanische Länder tatsächlich umfassende Reformen umsetzen können, haben sich in den letzten Jahren verbessert. Erstens hat die Debatte um den Washington-Konsens die allgemeinen Reformstrategien für nachhaltiges Wachstum deutlicher werden lassen, so dass sich die Reformdiskussion auf die konkrete Umsetzung konzentrieren kann. Zweitens dürfte die Durchführung einer solchen Reformstrategie nicht zu einer Überlastung der öffentlichen Haushalte führen. Auf der Einnahmenseite besteht in den meisten lateinamerikanischen Ländern noch Raum für eine Ausweitung der Einkommensbesteuerung, die sich im Gegensatz zur Mehrwertsteuer, der derzeitigen Haupteinnahmequelle, moderat progressiv gestalten lässt. Der

Hauptanteil sollte jedoch durch eine Umschichtung der Ausgaben aufgebracht werden können, indem z.B. die staatlichen Zuschüsse an die Universitäten zurückgeführt und nach dem Vorbild Koreas durch ein höheres Maß an Privatfinanzierung ausgeglichen werden. Drittens gibt es inzwischen positive Erfahrungen von Ländern, in denen sich die institutionellen Rahmenbedingungen, die aufgrund politischer Widerstände eigentlich schwer zu verändern sind, innerhalb relativ kurzer Zeit signifikant verbessert haben. So wurde die politische Stabilität Mexikos 2002 von Experten erheblich positiver eingeschätzt als 1996. Gleiches gilt für die Bekämpfung der Korruption in Chile.

Die internationale Unterstützung für umfassende Reformansätze hat dagegen eher abgenommen. Multilaterale Initiativen zur Verbesserung der internationalen Finanzarchitektur sind nahezu zum Erliegen gekommen und Industrieländer setzen zunehmend auf bilaterale oder regionale Abkommen, die es ihnen erlauben, ihre Verhandlungsmacht auszunutzen. Stattdessen sollte die Marktöffnung für Exporte aus allen Schwellen- und Entwicklungsländern nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung erfolgen, da so Diskriminierungen vermieden und Lernerfolge maximiert würden. Außerdem sollten auch Schwellenländer bei der Formulierung und der Umsetzung umfassender nationaler PRSPs unterstützt werden.

Gerade weil vorsichtiger Optimismus hinsichtlich der Reformierbarkeit lateinamerikanischer Schwellen- und Entwicklungsländer durchaus angebracht

ist, wären die Industrieländer gut beraten, diesen Prozess auch in ihrem eigenen Interesse zu unterstützen, um krisenhaften Entwicklungen der Weltwirtschaft vorzubeugen.

LITERATUR

- Acemoglu, D., S. Johnson und J.A. Robinson (2001). The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation. *American Economic Review* 91 (4): 1369–1401.
- Aghion, P., P. Bachetta und A. Banerjee (2001). A Corporate Balance-Sheet Approach to Current Crises. Discussion Paper Series 3092. Centre for Economic Policy Research (CEPR), London.
- Agosin, M.R., und R. Mayer (2000). Foreign Investment in Developing Countries: Does It Crowd in Domestic Investment? Discussion Paper 146. UNCTAD, Geneva.
- Barro, R.J. (2000). Inequality and Growth in a Panel of Countries. *Journal of Economic Growth* 5 (1): 87–120.
- Baumert, J. et al. (2003). PISA 2000: Die Studie im Überblick – Grundlagen, Methoden und Ergebnisse. Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin (http://mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA_im_Überblick.pdf)
- Behrman, J.R., N. Birdsall und M.Szekély (2001). Pobreza, Desigualdad y Liberalización Commercial y Financiera en América Latina. In: E. Ganuza, R. Paes de Barro, L. Taylor und R. Vos (Hrsg.), *Liberalización, Desigualdad y Pobreza: América Latina y el Caribe en los 90s*. United Nations Development Program und Editorial Universitaria de Buenos Aires, Buenos Aires.
- Belke, A., und D. Gros (2002). Monetary Integration in the Southern Case. *North American Journal of Economics and Finance* 13 (3): 323–349.
- Belke, A., und R. Setzer (2003). Exchange Rate Volatility and Employment Growth: Empirical Evidence from the CEE Economies. Papier für die 'First Annual Conference of the Euro-Latin Study Network on Integration and Trade' der Inter-American Development Bank, November 6–7. Barcelona.
- Bénabou, R. (1996). Inequality and Growth. Discussion Paper 1450. Centre for Economic Policy Research, London.
- Berg, A., E. Borensztein und P. Mauro (2003). Monetary Regime Options for Latin America – Would a Common Currency Help or are Floating Exchange Rates the Solution? *Finance & Development* 40 (3): 24–27.
- Berganza, Y.C., R. Chang und A. Garcia Herrero (2004). Balance Sheet Effects and the Country Riks Premium: An Empirical Investigation. In: R.J. Langhammer (Hrsg.), *Monetary Policy and Macroeconomic Stabilization in Latin America*. Berlin (Springer). In Vorbereitung.

- Bernanke, B.S., T. Laubach, F. S. Mishkin und A.S. Posen (Hrsg.) (1999). *Inflation Targeting: Lessons from the International Experience*. Princeton, N.J.
- Bhagwati, J. (1998). Preferential Trade Agreements: The Wrong Road. In: Jagdish Bhagwati (Hrsg.), *A Stream of Windows: Unsettling Reflections on Trade, Immigration, and Democracy*. Cambridge, Mass. (MIT Press).
- Bhagwati, J., und D. Tarullo (2003). A Ban on Capital Controls is a Bad Trade-Off. *Financial Times*, 17.03.2003.
- Birdsall, N., und J.L. Londoño (1997). Asset Inequality Does Matter: Lessons from Latin America. *American Economic Review* 87 (2): 32–37.
- Birdsall, N., A. de la Torre und R. Menezes (2001). *Washington Contentious: Economic Policies for Social Equity in Latin America*. Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D.C.
- Braga de Macedo, J., D. Cohen und H. Reisen (Hrsg.) (2001). *Don't Fix, Don't Float – The Exchange Rate in Emerging Markets, Transition Economies and Developing Countries*. OECD, Paris.
- Burnside, C. (1998). Private Saving in Mexico. World Bank, Washington, D.C.
- Busse, M., M. Huth und G. Koopmann (2000). Preferential Trade Agreements: The Case of EU-Mexico. HWWA Discussion Paper 103. Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg.
- Caldéron, C., und K. Schmidt-Hebbel (2004). Macroeconomic Policies and Performance in Latin America. In: R.J. Langhammer (Hrsg.), *Monetary Policy and Macroeconomic Stabilization in Latin America*. Berlin (Springer). In Vorbereitung.
- Calvo, G.A., und C.M. Reinhart (2002). Fear of Floating. *Quarterly Journal of Economics* 117 (2): 379–408.
- Cárdenas, M., und F.O. Barrera (1997). On the Effectiveness of Capital Controls: The Experience of Columbia During the 1990s. *Journal of Development Economics* 54: 27–57.
- Céspedes, L.F., R. Chang, und A. Velasco (2002). Dollarization of Liabilities, Net Worth Effects, and Optimal Monetary Policy. In: S. Edwards (Hrsg.), *Preventing Currency Crises in Emerging Markets*. Chicago.
- Chen, S., und Y. Wang (2002). China's Growth and Poverty Reduction: Recent Trends Between 1990 and 1999. In: S. Khandker (Hrsg.), *Impact of the East Asian Financial Crisis Revisited*. World Bank Institute and Philippine Institute for Development Studies, Manila.

- Christiaensen, L., L. Demery, und S. Paternostro (2002). *Reforms, Economic Growth, and Poverty Reduction in Africa: Messages from the 1990s*. The World Bank, Washington, D.C.
- Collier, P., und J.W. Gunning (1999). The IMF's Role in Structural Adjustment. WPS 99/18. Centre for the Study of African Economies, Oxford.
- Corbo, V., und K. Schmidt-Hebbel (1991). Public Policies and Saving in Developing Countries. *Journal of Development Economics* 36 (1): 89–115.
- Corden, W.M. (1996). *Pragmatic Orthodoxy: Macroeconomic Policies in Seven East Asian Economies*. International Center for Economic Growth Publications, San Francisco, Calif.
- De Soto, H. (2000). *The Mystery of Capital: Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else*. London.
- Deininger, K., und P. Olinto (2000). Asset Distribution, Inequality, and Growth. Policy Research Working Paper 2375. Washington, D.C.
- Deininger, K., und S. Jin (2003). The Impact of Property Rights on Households' Investment, Risk Coping, and Policy Preferences: Evidence from China. *Economic Development and Cultural Change* 51 (4): 851–882.
- DekaBank (a). Volkswirtschaftliche Prognosen. September 2002, Frankfurt a.M.
- Diehl, M., und R. Schweickert (1997). *Wechselkurspolitik im Aufholprozess – Erfahrungen lateinamerikanischer, europäischer und asiatischer Länder*. Kieler Studien 286. Tübingen.
- Dieter, H. (2003). *Abschied vom Multilateralismus? Der neue Regionalismus in der Handels- und Finanzpolitik*. SWP-Studie S4. Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Djankov, S., J. Botero, R. La Porta, F. Lopez-de-Silanes und A. Shleifer (2003). The Regulation of Labor. NBER Working Paper 9756. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Dollar, D., und A. Kraay (2001). Growth Is Good for the Poor. Policy Research Working Paper 2587. The World Bank, Washington, D.C.
- Easterly, W., und R. Levine (2002). Tropics, Germs, and Crops: How Endowments Influence Economic Development. NBER Working Paper 9106. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Edison, H. (2003). Testing the Links: How Strong are the Links Between Institutional Quality and Economic Performance. *Finance&Development* 40 (2): 35–37.

- Edwards, S. (1995). Why Are Saving Rates So Different across Countries? An International Comparative Analysis. NBER Working Paper 5097. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Edwards, S. (1996). Why Are Latin America's Saving Rates So Low? An International Comparative Analysis. *Journal of Development Economics* 51 (1): 5–44.
- Fischer, S. (1997). *Capital Account Liberalization and the Role of the IMF*. Washington, D.C.
- Forbes, K. (2000). A Reassessment of the Relationship Between Inequality and Growth. *American Economic Review* 90 (4): 869–887.
- Gavin, M., R. Hausmann und E. Talvi (1997). Saving Behaviour in Latin America: Overview and Policy Issues. In: R. Hausmann und H. Reisen (Hrsg.), *Promoting Savings in Latin America*. OECD Development Centre, Paris.
- Goldstein, M. (2002). *Managed Floating Plus*. Institut for International Economics. Washington, D.C.
- Gonzales, P. et al. (2000). Pursuing Excellence: Comparisons of International Eighth-Grade Mathematics and Science Achievements from a US Perspective, 1995 and 1999. National Center for Education Statistics, US Department of Education, Washington, D.C.
- Griffith-Jones, S., und J.A. Ocampo (2003). What Progress on International Financial Reform? Why so Limited? Papier für die 'Expert Group on Development Issues' (EGDI).
- Gundlach, E., J. Navarro de Pablo und N. Weisert (2001). Education Is Good for the Poor: A Note on Dollar and Kraay (2001). Discussion Paper 2001/137. World Institute for Development Economics Research, Helsinki.
- Hammermann, F. (2004). Do Exchange Rates Matter in Inflation Targeting Regimes? Evidence from a VAR Analysis for Poland and Chile. In: R.J. Langhammer (Hrsg.), *Monetary Policy and Macroeconomic Stabilization in Latin America*. Berlin (Springer). In Vorbereitung.
- Hanushek, E.A., und D.D. Kimko (2000). Schooling, Labor Force Quality, and the Growth of Nations. *American Economic Review* 90 (5): 1184–1208.
- Heritage Foundation und Wall Street Journal (a). Index of Economic Freedom 2003. <http://www.heritage.org/research/features/index>.
- Inglehart, R. et al. (2000). World Values Surveys and European Values Surveys, 1981-1984, 1990-1993, and 1995-1996. ICPSR Study 2790. Inter-University Consortium for Political and Social Research, Institute for Social Research, University of Michigan., Ann Arbor, MI.

- Interamerican Development Bank (IADB) (2003). *Good Jobs Wanted: Labor Markets in Latin America*. Interamerican Development Bank, Washington, D.C.
- Internationaler Währungsfonds (IWF) (a; versch. Ausg.). *International Financial Statistics*.
- JP Morgan (a). *Real Broad Effective Exchange Rate Indices*.
- Kaufmann, D., und A. Kraay (2002). Growth Without Governance. *Economia* 3(1): 169–229.
- Kaufmann, D., A. Kraay, und P. Zoido-Lobaton (1999). Aggregating Governance Indicators. Policy Research Working Paper 2195. The World Bank, Washington, D.C.
- Kaufmann, D., A. Kraay und M. Mastruzzi (2003). Governance Indicators for 1996-2002. Policy Research Working Paper 3106. The World Bank, Washington, D.C.
- Kenen, P.B. (1996). Analyzing and Managing Exchange-Rate Crises. *Open Economies Review* 7 (1): 469–492.
- Klasen, S. (2003). In Search of the Holy Grail: How to Achieve Pro-Poor Growth. In: R. Tungodden und N. Stern (Hrsg.), *Towards Pro-Poor Policies*. Washington und Oslo (Oxford University Press).
- Knack, S., und P. Keefer (1997). Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation. *Quarterly Journal of Economics* 112 (4): 1252–1288.
- Kokko, A. (2002). Globalisation and FDI Incentives. Papier für 'World Bank ABCDE Conference' in Oslo, erscheint in Kürze in einem Konferenzband.
- Kuczynski, P.O., und J. Williamson (Hrsg.)(2003). *After the Washington Consensus: Restarting Growth and Reform in Latin America*. Washington, D.C.
- La Porta, R., F. Lopez-de-Silanes, A. Shleifer und R.W. Vishny (1997). Trust in Large Organisations. *American Economic Review Papers and Proceedings* 87 (2): 333–338.
- Lal, D. (1987). The Political Economy of Economic Liberalization. *World Bank Economic Review* 1 (2): 273–99.
- Langhammer, R.J. (Hrsg.)(2004). *Monetary Policy and Macroeconomic Stabilization in Latin America*. Berlin (Springer). In Vorbereitung.
- Larraín, F. (2003). Lights and Shadows of Latin American Competitiveness. In: World Economic Forum (WEF), *The Global Competitiveness Report 2002-2003*. New York, Oxford.

- Larson, J., S.M. Smith, D.G. Abler und C. Trivelli (2003). An Economic Analysis of Land Titling in Peru. *Quarterly Journal of International Agriculture* 42 (1): 79–97.
- Levy-Yeyati, E., und F. Sturzenegger (2002). Classifying Exchange Rate Regimes: Deeds vs. Words. Universidad Torcuato Di Tella, Buenos Aires. Mimeo.
- Loayza, N., K. Schmidt-Hebbel und L. Servén (2000). What Drives Private Saving Across the World? *Review of Economics and Statistics* 82 (2): 165–181.
- Loayza, N., und R. Soto (Hrsg.) (2002). *Inflation Targeting: Design, Performance, Challenges*. Central Bank of Chile, Santiago de Chile.
- Lora, E. (2001). Las reformas estructurales en América Latina: qué se ha reformado y cómo medirlo. Banco Interamericano de Desarrollo.
- Mankiw, N.G., D. Romer und D.N. Weil (1992). A Contribution to the Empirics of Economic Growth. *Quarterly Journal of Economics* 107 (2): 408–437.
- Mishkin, F. S. (2000). Inflation Targeting in Emerging-Market Economies. *American Economic Review* 90 (2): 105–109.
- Moran, T. H. (1999). Foreign Direct Investment and Development: A Reassessment of the Evidence and Policy Implications. In: OECD, *Foreign Direct Investment, Development and Corporate Responsibility*. OECD, Paris.
- Morley, S.A., R. Machado und S. Pettinato (1999). Indexes of Structural Reform in Latin America. Series Reformas Económicas 12. Economic Commission for Latin America and the Caribbean.
- Nsouli, S.M., M. Rached und N. Funke (2002). The Speed of Adjustment and the Sequencing of Economic Reforms: Issues and Guidelines for Policymakers. IMF Working Paper WP/02/132. International Monetary Fund, Washington D.C.
- Nunnenkamp, P. (2001). Ist diesmal alles anders? Die neue Welle regionaler Integration in Lateinamerika aus europäischer Perspektive. Kieler Arbeitspapiere 1026. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Nunnenkamp, P. (2003). Why Economic Performance and International Competitiveness Differ So Much between Latin America and Asia. Papier für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro. Mimeo.
- Nunnenkamp, P., und J. Spatz (2003). Foreign Direct Investment and Economic Growth in Developing Countries: How Relevant Are Host-country and Industry Characteristics? Kieler Arbeitspapiere 1176. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

- Nunnenkamp, P., und R. Thiele (2004). Strategien zur Bekämpfung der weltweiten Armut: Irrwege, Umwege und Auswege. Kieler Diskussionsbeiträge. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. In Vorbereitung.
- Pack, H. (1997). The Role of Exports in Asian Development. In: N. Birdsall und F. Jaspersen (Hrsg.), *Pathways to Growth: Comparing East Asia and Latin America*. Washington, D.C.
- Pritchett, L. (2001). Where Has All the Education Gone? *World Bank Economic Review* 15 (3): 367–391.
- Putnam, R. (1993). *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, NJ (Princeton University Press).
- Reichel, R. (1993). *Die Sparquote in Entwicklungs- und Schwellenländern*. Bern, Stuttgart, Wien.
- Reichel, R. (1996). The long-run savings function in cross-section and time-series perspective. *Journal of Economic Development* 21: 149–179.
- Rodrik, D. (1994). King Kong Meets Godzilla: The World Bank and The East Asian Miracle. CEPR Discussion Paper 944. Centre for Economic Policy Research, London.
- Rodrik, D. (2000). Saving Transitions. *The World Bank Economic Review* 14 (3): 481–508.
- Rodrik, D. (2003). The Primacy of Institutions (and What this Does and Does Not Mean). *Finance&Development* 40 (2): 31–34.
- Rodrik, D., A. Subramanian und F. Trebbi (2002). Institutions Rule: The Primacy of Institutions over Geography and Integration in Economic Development. NBER Working Paper 9305. National Bureau of Economic Research, Cambridge, Mass.
- Rogoff, K. (2002). Rethinking Capital Controls: When Should We Keep an Open Mind? *Finance & Development* 39 (4): 55–56.
- Rojas-Suarez, L. (2003). Monetary Policy and Exchange Rates: Guiding Principals for a Sustainable Regime. In: J. Williamson und P.O. Kuczynski (Hrsg.)(2003). *After the Washington Consensus: Restarting Growth and Reform in Latin America*. Washington, D.C.
- Samwick, A. (2000). Is Pension Reform Conducive to Higher Saving? *Review of Economics and Statistics* 82 (2): 264–272.
- Saveedra, J. (2003). Labor Markets during the 1990s. In: P.-P. Kuczynski und J. Williamson (Hrsg.), *After the Washington Consensus: Restarting Growth and Reform in Latin America*. Institute for International Economics, Washington, D.C.

- Schaechter, A., M.R. Stone und M. Zelmer (2000). Adopting Inflation Targeting: Practical Issues for Emerging Market Countries. Occasional Paper 202. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Schmidt-Hebbel, K. (1999). Chile. Die Revolution des Alterssicherungssystems trägt Früchte. In: *Gesetzliche Alterssicherung, Reformerfahrungen im Ausland. Ein Systematischer Vergleich aus Sechs Ländern*. Deutsches Institut für Altersvorsorge, Köln.
- Schmidt-Hebbel, K., und L. Servén (2000). Does Income Inequality Raise Aggregate Saving? *Journal of Development Economics* 61 (2): 417–446.
- Schweickert, R. (1996). Which Target for Exchange Rate Policy in Developing Countries: Stability or Competitiveness. In: F.P. Lang und R. Ohr (Hrsg.), *Openness and Development*. Heidelberg.
- Schweickert, R. (2000a). Crashes der Währungen – Erfahrungen mit internationalen Festkurssystemen. In: Ch.A. Conrad und M. Stahl (Hrsg.), *Risikomanagement an internationalen Finanzmärkten. Systemrisiken – Crashpotential – Anlagemanagement – Risikosteuerung*. Stuttgart: 117–130.
- Schweickert, R. (2000b). *Leitungsbilanzentwicklung ausgewählter Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas. Ursachen und wirtschaftspolitische Konsequenzen*. Kieler Studien 306. Tübingen.
- Schweickert, R. (2000c). Chancen und Risiken eines regionalen Währungsverbundes in Südostasien. *List Forum* 26 (3): 272–286.
- Schweickert, R. (2001). *Der Euro als Ankerwährung. Die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer zwischen Transformation und Integration*. Kieler Studien 312. Heidelberg.
- Schweickert, R. (2002). The Making of European Monetary Union. In: H.G. Choo und Y.J. Wang (Hrsg.), *Currency Union in East Asia*. Seoul: 39–80.
- Schweickert, R. (2003a). Vom Washington-Konsens zum Post-Washington-Dissens? Glaubwürdigkeit, Timing und Sequencing wirtschaftlicher Reformen. *Die Weltwirtschaft* (3): 299–312.
- Schweickert, R. (2003b). Makroökonomische Beschränkungen des Wachstumsprozesses und Auswirkungen auf die Armutsreduzierung – Der Fall Bolivien. *Lateinamerika Analysen* 4: 31–66.
- Schweickert, R., R. Thiele und M. Wiebelt (2003). Makroökonomische Reformen und Armutsbekämpfung in Bolivien: Ebnet die HIPC-Initiative den Weg zu sozialverträglicher Anpassung? Kieler Diskussionsbeiträge 398. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.

- Stallings, B., und W. Peres (2000). *Growth, Employment, and Equity*. United Nations, Economic Commission for Latin America and the Caribbean. Washington, D.C.
- Stiglitz, J.E. (1998). *More Instruments and Broader Goals: Moving toward the Post-Washington Consensus*. WIDER Annual Lectures 2. World Institute for Development Economics Research, Helsinki.
- Stiglitz, J.E. (2000). *Formal and Informal Institutions*. In: P. Dasgupta und I. Serageldin (Hrsg.), *Social Capital: A Multifaceted Perspective*. The World Bank, Washington, D.C.
- Thiele, R., und M. Wiebelt (2000). *Sind die Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank gescheitert? Eine Bestandsaufnahme der Erfahrungen von zwei Jahrzehnten*. Kieler Diskussionsbeiträge 357. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- UNCTAD (2003). *World Investment Report*. United Nations, New York.
- Unmüßig, B., und M. Walther (1999). *Strukturanpassung in Afrika: Warten auf den Post-Washington Konsensus*. *Entwicklung & Zusammenarbeit* 40 (9): 247–250.
- Vinhas de Souza, L. (2002). *Trade Effects of Monetary Integration in Large, Mature Economies: A Primer on the European Monetary Union*. Kieler Arbeitspapiere 1137. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Warr, P. (2002). *Poverty Incidence and Sectoral Growth: Evidence from South-East Asia*. Discussion Paper 2002/20. World Institute for Development Economics Research, Helsinki.
- Wei, S.-J., und J.A. Frankel (1998). *Open Regionalism in a World of Continental Trade Blocs*. *IMF Staff Papers* 45 (3): 440–453.
- Weltbank (2003). *World Development Indicators 2003*. The World Bank, Washington, D.C.
- Williamson, J. (1990). *Latin American Adjustment: How Much Has Happened?* Institute for International Economics, Washington D.C.
- Williamson, J. (1996). *Lowest Common Denominator or Neoliberal Manifesto? The Polemics of the Washington Consensus*. In: R.M. Auty und J. Toye (Hrsg.), *Challenging the Orthodoxies*. Basingstoke, Hampshire: 13–22.
- Williamson, J. (2000). *Exchange Rate Regimes for Emerging Markets: Reviving the Intermediate Option*. *Policy Analyses in International Economics* 60. Institute for International Economics, Washington, D.C.

- Williamson, J. (2003). From Reform Agenda to Damanged Brand Name – A Short History of the Washington Consensus and Suggestions for What to do Next. *Finance & Development* 40 (3): 10–13.
- Wolff, L., und C. de Moura Castro (2003). Education and Training: The Tasks Ahead: In: P.P. Kuczinski und J. Williamson (Hrsg.), *After the Washington Consensus: Restarting Growth and Reform in Latin America*. Institute for International Economics, Washington, D.C.
- World Bank Institute (2001). Governance and Anticorruption (GAC) Diagnostics. The World Bank, Washington, D.C.
- World Economic Forum (WEF)(2003). *The Global Competitiveness Report 2002–2003*. New York (Oxford University Press).
- Wößmann, L. (2002). *Schooling and the Quality of Human Capital*. Kieler Studien 319. Berlin-Heidelberg (Springer-Verlag).
- Zak, P.J., und S. Knack (2001). Trust and Growth. *The Economic Journal* 111 (2): 295–321.

Tabelle A1 — Index der ökonomischen Freiheit für Lateinamerika und Asien, 1995–2003^a

	Chile	Süd- korea	Thai- land	Argen- tinien	Uru- guay	Boli- vien	Malay- sia	Peru	Costa Rica	Mexiko	Brasi- lien	Vene- zuela	China	Indien	Durch- schnitt
	Gesamtindex														
1995	2,6	2,2	2,4	2,8	2,9	3,1	2,4	3,3	2,9	2,9	3,3	3,0	3,6	3,8	2,6
1996	2,6	2,3	2,4	2,6	2,9	2,7	2,7	2,9	3,0	3,1	3,6	3,5	3,6	3,9	2,6
1997	2,2	2,3	2,3	2,6	2,7	2,7	2,8	2,9	3,0	3,3	3,5	3,4	3,6	3,8	2,6
1998	2,2	2,3	2,4	2,3	2,7	2,6	2,6	2,9	3,0	3,3	3,5	3,4	3,5	3,8	2,5
1999	2,1	2,2	2,4	2,1	2,7	2,8	2,6	2,6	3,0	3,2	3,3	3,3	3,6	3,8	2,5
2000	2,0	2,4	2,7	2,1	2,6	2,7	2,7	2,5	2,9	3,0	3,5	3,3	3,4	3,8	2,5
2001	2,0	2,3	2,2	2,3	2,4	2,4	3,0	2,5	2,7	3,0	3,3	3,6	3,6	3,9	2,4
2002	1,9	2,5	2,4	2,5	2,6	2,7	3,1	2,8	2,7	2,9	3,1	3,7	3,6	3,6	2,5
2003	2,0	2,7	2,6	3,0	2,5	2,7	3,0	2,8	2,7	2,8	3,0	3,5	3,6	3,5	2,5
Durchschnitt	2,2	2,3	2,4	2,5	2,6	2,7	2,8	2,8	2,8	3,0	3,3	3,4	3,6	3,8	2,5
Veränderung	-0,6	0,6	0,2	0,2	-0,4	-0,5	0,6	-0,5	-0,3	-0,1	-0,3	0,5	-0,1	-0,3	-0,1
	Handel														
1995	4	3	3	4	3	2	3	5	4	3	4	4	5	5	3,3
1996	4	2	3	4	3	2	3	4	4	3	4	4	5	5	3,1
1997	2	3	3	4	2	2	5	3	4	3	4	4	5	5	3,1
1998	2	3	3	4	2	2	3	2	4	3	4	3	5	5	2,8
1999	2	3	3	3	2	2	3	2	4	2	4	3	5	5	2,7
2000	2	3	3	3	2	2	3	2	3	3	5	3	5	5	2,8
2001	2	3	2	3	1	2	4	3	2	2	4	4	5	5	2,6
2002	2	3	2	4	3	2	4	3	2	2	4	4	5	5	2,8
2003	2	3	4	4	3	3	3	4	2	2	4	4	5	5	3,0
Durchschnitt	2,4	2,9	2,9	3,7	2,3	2,1	3,4	3,1	3,2	2,6	4,1	3,7	5,0	5,0	2,9
Veränderung	-2,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	-1,0	-2,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,3
	Besteuerung														
1995	3	2,5	2	2,5	3	3	4	2	3	2,5	3	2	3	5	2,5
1996	2,5	3	2	2,5	3,5	3	4	2	3	3	3,5	3	2	4,5	2,6
1997	3	3	2	3	3,5	3	3	3	3	3	3,5	3	2	4	2,6
1998	3	3	2	2	3,5	3	3	3	3	3	3,5	3	2	4	2,6
1999	3	2,5	2	2	3,5	3,5	3	3	3	3	3	2	3	3	2,5
2000	3	2,5	3	3	3,5	3,5	3	2	3	3	4	3	3	3	2,7
2001	3	3	2,5	3	3,5	3	3	2,5	2,5	3,5	3,5	2,5	2,5	3,5	2,6
2002	3	3,5	2,5	3	3,5	3,5	3	2,5	3	3,5	3,5	2,5	3	3,5	2,7
2003	2,5	3	2,5	3	3,5	3	3	2,5	3	3,5	2,5	3	3	4	2,6
Durchschnitt	2,9	2,9	2,3	2,7	3,4	3,2	3,2	2,5	2,9	3,1	3,3	2,7	2,6	3,8	2,6
Veränderung	-0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,0	-1,0	0,5	0,0	1,0	-0,5	1,0	0,0	-1,0	0,1
	staatliche Eingriffe														
1995	1	1	1,5	2	2	3	2	3	2	1	2	1	4	3	1,8
1996	1	2	1,5	2	2	3	3	1	2,5	2	3	3	4	3	2,1
1997	1	1,5	1	2	2	3	3	1	2,5	2,5	3	2	4	3	2,0
1998	1,5	2,5	1,5	2	2	3	3	1,5	2,5	3	3	3	4	3	2,2
1999	1	1,5	1,5	2	2	3	3	1,5	2,5	3	3	3	4	3	2,1
2000	1	2,5	3	2	2	2	3	1,5	2,5	2	3	2	4	3	2,1
2001	1	2,5	2,5	2,5	2	2	2	1,5	3	2	3	2	4	3	2,1
2002	1	3,5	3	2,5	2	2	3	2,5	2,5	2	3	3	4	3	2,3
2003	2	4	1,5	2	2,5	2	3	3	2,5	3	3	2	4	3	2,3
Durchschnitt	1,2	2,3	1,9	2,1	2,1	2,6	2,8	1,8	2,5	2,3	2,9	2,3	4,0	3,0	2,1
Veränderung	1,0	3,0	0,0	0,0	0,5	-1,0	1,0	0,0	0,5	2,0	1,0	1,0	0,0	0,0	0,6
	Geldpolitik														
1995	4	2	2	5	5	4	2	5	4	4	5	5	3	3	3,3
1996	4	3	2	5	5	3	2	5	4	3	5	5	4	3	3,3
1997	3	2	2	5	5	3	2	5	4	5	5	5	4	3	3,3
1998	3	2	2	3	5	3	2	5	4	5	5	5	3	3	3,1
1999	3	2	2	2	5	3	2	4	4	5	5	5	3	3	3,0
2000	2	3	3	1	4	3	2	3	4	4	5	5	1	3	2,7
2001	2	1	1	1	3	2	2	2	3	4	4	5	1	3	2,1
2002	2	1	1	1	3	2	1	2	3	4	3	5	1	2	1,9
2003	2	2	1	1	2	1	1	1	3	3	3	4	1	2	1,7
Durchschnitt	2,8	2,0	1,8	2,7	4,1	2,7	1,8	3,6	3,7	4,1	4,4	4,9	2,3	2,8	2,7
Veränderung	-2,0	0,0	-1,0	-4,0	-3,0	-3,0	-1,0	-4,0	-1,0	-1,0	-2,0	-1,0	-2,0	-1,0	-1,6
	ausländische Direktinvestitionen														
1995	2	3	3	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3	3	2,1
1996	2	3	3	2	2	2	3	2	2	2	3	3	3	3	2,2
1997	2	3	3	2	2	2	3	2	2	2	3	3	3	3	2,2
1998	2	2	2	2	2	2	3	2	2	2	3	3	3	3	2,1
1999	2	2	2	2	2	2	3	2	2	2	3	3	3	4	2,1
2000	2	2	2	2	2	2	4	2	2	2	3	3	3	4	2,2
2001	2	2	2	2	2	1	4	2	2	3	3	3	4	4	2,3
2002	2	2	2	2	2	1	4	2	2	3	3	3	4	3	2,2
2003	2	2	3	3	2	1	4	2	2	3	3	3	4	3	2,3
Durchschnitt	2,0	2,3	2,4	2,1	2,0	1,7	3,3	2,0	2,0	2,3	3,0	3,0	3,3	3,3	2,2
Veränderung	0,0	-1,0	0,0	1,0	0,0	-1,0	2,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,2

Fortsetzung Tabelle A1

	Chile	Süd-korea	Thai-land	Argen-tinien	Uru-guay	Boli-vien	Malay-sia	Peru	Costa Rica	Mexiko	Brasi-lien	Vene-zuela	China	Indien	Durch-schnitt
Bankensektor															
1995	3	2	3	3	3	4	3	2	3	4	3	2	3	4	2,6
1996	3	2	3	2	2	2	3	2	3	4	3	3	3	4	2,4
1997	3	2	3	2	2	2	3	2	3	4	3	3	3	4	2,4
1998	3	2	3	2	2	2	3	2	3	4	3	3	3	4	2,4
1999	3	3	3	2	2	2	3	2	3	4	3	3	3	4	2,5
2000	3	3	3	2	2	2	3	2	3	4	3	3	3	4	2,5
2001	3	3	3	2	2	2	4	2	3	3	3	3	4	4	2,6
2002	2	3	3	2	2	2	4	2	3	2	3	3	4	4	2,4
2003	2	3	3	4	2	2	4	2	3	2	3	3	4	4	2,6
Durchschnitt	2,8	2,6	3,0	2,3	2,1	2,2	3,3	2,0	3,0	3,4	3,0	2,9	3,3	4,0	2,5
Veränderung	-1,0	1,0	0,0	1,0	-1,0	-2,0	1,0	0,0	0,0	-2,0	0,0	1,0	1,0	0,0	-0,1
Löhne & Preise															
1995	3	2	3	2	2	1	2	2	2	3	3	3	3	3	2,1
1996	3	2	3	2	2	1	3	2	2	4	3	3	3	4	2,3
1997	2	2	3	2	2	1	3	2	2	3	3	3	3	4	2,2
1998	2	2	3	2	2	1	3	2	2	3	3	3	3	4	2,2
1999	2	2	3	2	2	1	3	2	2	3	2	3	3	4	2,1
2000	2	2	3	2	2	1	3	2	2	2	2	3	3	4	2,1
2001	2	2	2	1	2	1	3	2	2	2	2	3	3	4	1,9
2002	2	2	2	1	2	2	3	2	2	2	2	4	3	4	2,1
2003	2	2	2	2	2	2	3	2	2	2	2	4	3	3	2,1
Durchschnitt	2,2	2,0	2,7	1,8	2,0	1,2	2,9	2,0	2,0	2,7	2,4	3,2	3,0	3,8	2,1
Veränderung	-1,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	1,0	1,0	0,0	0,0	-1,0	-1,0	1,0	0,0	0,0	-0,1
Eigentumsrechte															
1995	1	1	1	2	3	3	2	3	3	2	3	3	4	3	2,1
1996	1	1	1	2	3	3	2	3	3	3	3	3	4	3	2,2
1997	1	1	1	2	2	3	2	3	3	3	3	3	4	3	2,1
1998	1	1	2	2	2	2	2	3	3	3	3	3	4	3	2,1
1999	1	1	2	2	2	3	2	2	3	3	3	3	4	3	2,1
2000	1	1	2	2	2	3	2	3	3	3	3	3	4	3	2,2
2001	1	1	2	3	2	3	3	3	3	3	3	4	4	3	2,4
2002	1	1	2	3	2	4	3	4	3	3	3	4	4	3	2,5
2003	1	2	2	4	2	4	3	4	3	3	3	4	4	3	2,6
Durchschnitt	1,0	1,1	1,7	2,4	2,2	3,1	2,3	3,1	3,0	2,9	3,0	3,3	4,0	3,0	2,3
Veränderung	0,0	1,0	1,0	2,0	-1,0	1,0	1,0	1,0	0,0	1,0	0,0	1,0	0,0	0,0	0,5
Regulierung															
1995	2	3	3	2	3	4	2	4	3	4	4	2	4	4	2,8
1996	2	3	3	2	3	4	2	4	3	4	4	3	4	4	2,8
1997	2	3	3	2	3	4	2	4	3	4	3	3	4	4	2,8
1998	2	3	3	2	3	4	2	4	3	4	3	3	4	4	2,8
1999	2	3	3	2	3	4	2	3	3	4	3	3	4	4	2,7
2000	2	3	3	2	3	4	2	3	3	4	3	3	4	4	2,7
2001	2	3	3	2	3	4	3	3	3	4	3	4	4	4	2,8
2002	2	3	3	3	3	4	3	4	3	4	3	4	4	4	2,9
2003	3	3	3	3	3	4	3	4	3	3	3	4	4	4	2,9
Durchschnitt	2,1	3,0	3,0	2,2	3,0	4,0	2,3	3,7	3,0	3,9	3,2	3,2	4,0	4,0	2,81
Veränderung	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	-1,0	-1,0	2,0	0,0	0,0	0,2
Schwarzmarkt															
1995	3	2	2	3	3	5	2	5	3	3	3	5	4	5	3,0
1996	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1,8
1997	3	2	2	2	3	4	2	4	3	3	4	5	4	5	2,9
1998	2	2	2	2	3	4	2	4	3	3	4	5	4	5	2,8
1999	2	2	2	2	3	4	2	4	3	3	4	5	4	5	2,8
2000	2	2	2	2	3	4	2	4	3	3	4	5	4	5	2,8
2001	2	2	2	3	3	4	2	4	3	3	4	5	4	5	2,9
2002	1,5	3	3,5	3,5	3	4,5	3	3,5	3	3,5	3,5	4	3,5	4	2,9
2003	1,5	3	3,5	3,5	3	4,5	3	3,5	3	3,5	3,5	4	3,5	4	2,9
Durchschnitt	2,1	2,2	2,3	2,6	2,9	4,0	2,2	3,8	2,9	3,0	3,6	4,4	3,7	4,4	2,8
Veränderung	-1,5	1,0	1,5	0,5	0,0	-0,5	1,0	-1,5	0,0	0,5	0,5	-1,0	-0,5	-1,0	-0,1

^aFür jeden Teilindex werden Noten von 1 bis 5 vergeben. Der Gesamtindex wird durch das ungewichtete Mittel der Teilindizes ermittelt.

Quelle: Heritage Foundation (a); eigene Berechnungen.

Tabelle A2 — Index der institutionellen Qualität für Lateinamerika und Asien, 1996 und 2002^a

	Argen- tinien	Bolivien	Brasi- lien	Chile	China	Costa Rica	Ekuador	Indien	Kolum- bien	Malay- sia	Mexiko	Peru	Para- guay	Süd- korea	Thai- land	Uru- guay	Vene- zuela	
Gesamtindex																		
1996	0,36	-0,24	0,00	1,03	-0,24	0,66	-0,41	-0,15	-0,25	0,61	-0,11	-0,26	-0,24	0,53	0,18	0,60	-0,41	
2002	-0,58	-0,38	0,02	1,27	-0,34	0,81	-0,66	-0,19	-0,66	0,45	0,13	-0,18	-1,01	0,67	0,25	0,70	-0,88	
Qualität der Regulierungen																		
1996	0,66	0,66	0,13	1,28	-0,10	0,54	-0,10	-0,13	0,37	0,70	0,46	0,51	0,45	0,55	0,38	0,80	-0,12	
2002	-0,84	-0,11	0,26	1,50	-0,41	0,74	-0,60	-0,34	-0,04	0,58	0,49	0,24	-0,56	0,86	0,34	0,48	-0,54	
Rechtssicherheit																		
1996	0,27	-0,62	-0,24	1,19	-0,43	0,61	-0,38	-0,01	-0,44	0,80	-0,11	-0,33	-0,48	0,77	0,46	0,49	-0,62	
2002	-0,73	-0,60	-0,30	1,30	-0,22	0,67	-0,60	0,07	-0,75	0,58	-0,22	-0,44	-1,12	0,88	0,30	0,56	-1,04	
Korruptionsbekämpfung																		
1996	-0,11	-0,81	-0,10	1,14	-0,01	0,71	-0,70	-0,29	-0,40	0,48	-0,31	-0,09	-0,46	0,51	-0,30	0,42	-0,67	
2002	-0,77	-0,82	-0,05	1,55	-0,41	0,88	-1,02	-0,25	-0,47	0,38	-0,19	-0,20	-1,22	0,33	-0,15	0,79	-0,94	
Politische und bürgerliche Freiheiten																		
1996	0,58	0,10	0,22	0,89	-1,22	1,30	0,07	0,27	-0,06	-0,05	-0,21	-0,69	-0,37	0,68	0,01	0,74	0,06	
2002	0,12	0,01	0,28	1,12	-1,38	1,15	-0,06	0,38	-0,55	-0,27	0,33	0,22	-0,53	0,63	0,20	0,95	-0,41	
Politische Stabilität																		
1996	0,50	-0,28	-0,01	0,72	0,23	0,79	-0,66	-0,55	-0,97	0,92	-0,27	-0,72	0,10	0,19	0,21	0,69	-0,39	
2002	-0,74	-0,20	0,17	1,04	0,22	1,06	-0,70	-0,84	-1,78	0,51	0,22	-0,67	-1,33	0,49	0,55	0,91	-1,20	
Effektivität der staatlichen Verwaltung																		
1996	0,27	-0,49	-0,19	0,95	0,11	0,02	-0,66	-0,16	0,02	0,81	-0,22	-0,24	-0,67	0,48	0,31	0,46	-0,69	
2002	-0,49	-0,53	-0,22	1,19	0,18	0,37	-0,96	-0,13	-0,39	0,92	0,15	-0,47	-1,29	0,84	0,28	0,51	-1,14	

^aFür jeden Teilindex reicht die Skala von -2,5 bis +2,5. Der Gesamtindex wird als ungewichtetes Mittel der Teilindizes berechnet.

Quelle: Kaufmann et al. (2003); eigene Berechnungen.